

# Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zl., monatlich 4,80 Zl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 Zl., monatlich 5,39 Zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Zl., Danzig 8 Gld., Deutschland 2,50 R.-Mk. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntagsnummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung ufm.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.  
Fernruf Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Die einseitige Millimeterzeile 15 Groschen, die einseitige Reklamezeile 125 Grosch. Danzig 10 bz. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Overtagegebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.  
Postfachkonten: Polen 202157 Danzig 2523, Stettin 1817

Nr. 161.

Bromberg, Freitag den 17. Juli 1931.

55. Jahrg.

## Des Zaren Schuld und Sühne.

Zur Erinnerung an den Zarenmord vom 17. Juli 1918.

Von Dr. von Behrens,  
kaiserlicher russischer Hofrat a. D.

Der in einem dumpfen Keller eines Privathauses der Uraltstadt Zekaterinburg in der Nacht zum 17. Juli 1918 an der Familie des letzten Zaren aller Reußen Nikolaus II. begangene Massenmord wird in der Weltgeschichte unvergessen bleiben. Die Menschheit wird diese Nacht als den Markstein zwischen zwei Zeitaltern einschätzen. Nicht, weil ein Schwächling, der seinzepter nicht zu schwingen verstand, sein Reich im Blute ertränkte, und nicht deshalb, weil ein Vertreter der mächtigsten Dynastie Europas und Asiens mit Frau, Kindern und einer Handvoll von Getreuen in einer unerhört erniedrigenden Weise seinen Tod gefunden hat! Sondern aus dem Grunde, weil ein Punktum an den Schluß eines langen, mit Blut und Tränen geschriebenen Kapitels der Geschichte Eurasiens, das in der Sprache unseres demokratisch-liberalen Zeitalters „Zarismus“ heißt, gestellt wurde.

Die Gewalt des Zaren über 170 Millionen Mitmenschen, die 300 verschiedene Sprachen und Dialekte sprachen, über ein Siebentel der bewohnbaren Erdoberfläche (rund 150 000 Quadratkilometer), war im Laufe einer Reihe von Generationen die Verkörperung des auf Militarismus aufgebauten Zentralismus. Rußland, das alte Skythien der Antike, brauchte ein Symbol seiner territorialen Einheit, um auf der Niesenebene zwischen dem Atlantischen und dem Stillen Ozean den Frieden aufrecht zu erhalten; der Zar, das „Väterchen“ aller Völker Eurasiens, stellte dieses Symbol dar. Jedes Mal, wenn dieses Symbol verblaßte, begann die Zerlegung! Die Folgen der Mißregierung solcher Schwächlinge, wie es der letzte Zar Nikolaus II. (Sohn Iwans des Schrecklichen), Alexius I. (Vater Peters des Großen) und der letzte Holsteiner auf dem Throne des Zaren, Nikolaus II., waren, bleiben nie aus. Die tausendköpfige Hydra der Anarchie erhob ihr Haupt. Ein sozialpolitischer Wirbelsturm raste über die grenzenlosen Steppen, Stenja-Nasin, Pugatschow, Bulawin, Lenjn bekamen Oberwasser. Skythien vernübert wieder und die Grenzen Asiens schneideten sich immer tiefer in den Leib des zivilisierten Europas. . . .

Zekaterinburg, „die Stadt Katharinas“ (der Frau Peters des Großen) war von ihrem Schöpfer, dem Zaren Peter, dazu bestimmt, einmal zur Hauptstadt der gesamten Welt zu werden: hier auf den luftigen Höhen des Uralpases, der wie ein steinerner Gürtel das eurasische Festland umzingelt, sollte die Weltstadt sein, von der aus die Macht des Zaren die Welt zu regieren verstand. Anstatt dessen wurde Zekaterinburg zur Grabstätte des Zarentums. 1718 — aus dem Übermut eines Genies geboren! 1918 — der Ort, wo einige Verbrecher, zu einem „Ortsowjet“ zusammengerottet, jenen stolzen Weltmachtplan den Garaus machen. . . .

Die Einschätzung der weiteren Folgen, die der Zarenmord vom 17. Juli 1918 haben wird, bleibt verschieden und unklar. Die weltumfänglicher eingestellten Sozialisten sehen in jenem Datum den Anbruch einer neuen Weltära — so etwa, wie die Zerstörung der Hochburg des antiken Weltkapitalismus Zion (70 n. Chr.) den Anbruch der christlichen Ära bedeutete. Der russische Sowjetkommunismus wird hier dem urchristlichen Gemeinwesen gleichgestellt. Man möchte in Marx und in Lenin die großen Erlöser und Propheten der Bedrückten und der Leidenden sehen. Wie lächerlich dieser gotteslästerliche Vergleich auch anmutet, seine Gläubigen findet er in den breiten Massen der Hungernden immerhin. . . .

Die anderen — in erster Reihe die aus der Sowjethölle geflohene Oberschicht des zaristischen Rußlands — möchten in den Gremien des Bolschewismus lediglich einen Ausfluß der blöden Zerstörungswut sehen, die alle Kulturkeime zwischen dem Atlantik und dem Pazifik in den Boden stampft. Diese wollen der russischen Revolution ihre Entsetzungsbeachtung gänzlich abspenken und hoffen mit Kryll I. Wladimirowitsch auf die Wiederherstellung des Zarenthrones.

Beide Auffassungen sind extrem und einseitig, also — falsch. Das Zarenregime mußte stürzen, weil es nicht mehr zeitgemäß war. Die schnelle Entwicklung der Verkehrstechnik machte das Weiterbestehen eines abseits gelegenen (Petersburg am Finnischen Meerbusen!) Verwaltungszentrums unnötig; zuweilen verspürte man es also sehr hemmend, da doch der geographisch-wirtschaftliche Schwerpunkt des Landes immer weiter nach Osten sich verschob, indem die Kolonisierung Sibiriens, des Fernen Ostens und Turkestans Fortschritte machte. Wenn die letzten Zaren ihre Hauptstadt nach Nishnij-Nowgorod oder nach Samara verlegt hätten, so würden sie ihr Ende schon dadurch allein vertagen können. Dies taten sie nicht, denn mit Petersburg waren zu viele liebe dynastische Erinnerungen verbunden, und man wußte doch, daß nicht der Kaiserhof für das Volk sei, sondern — umgekehrt.

Paul I. (1796—1801) schrieb in seinem geheimen Vermächtnis, das er seinen Söhnen hinterließ: „Ihr sollt nie vergessen, daß ihr von Gottes Gnaden allein die Krone

haltet! Bleibet treu den deutschen Überlieferungen eures Hauses! Galtet warm eure Gardetruppen, denn solange die vier Garderegimenter Petersburgs in eurer Hand sind, solange wird euch auch die Schar der untertänigen Völker den Gehorsam bewahren.“

Alle diese Mahnungen wurden von den Urenkeln des „verrückten“ Kaisers Paul, der immerhin viel von dem Beispiel der französischen Revolution, deren Zeitgenosse er war, sowie aus der Völkerverhebung Pugatschows (1762—1764) gelernt hatte, vollständig vergessen: Nikolaus II. wollte sich liberal gebärden und sehnte sich nach den billigen Lorbeeren der Popularität in der Tagespresse. Er eröffnete das erste Parlament Rußlands nach schematischem „demokratischem“ Muster, d. h. auf dem allgemeinen Mehrheitsgrundsatz aufgebaut. Er schämte sich seiner deutschen Herkunft. Man durfte das Kaiserhaus niemals „Holstein-Gottorp“ nennen, sondern man mußte es „Romanow“ nennen, obwohl in den Adern der Petersburger Kaiser nicht mehr als 1/480 Slawenblut rann. Er taufte seine Hauptstadt mit einem Slawennamen um (Petrograd). Er spielte den Orientalen, den Urmoskowiter in der Umgebung von solchen Bettelmönchen, wie Rasputin und anderen, indem er seinen deutschstämmigen Ministern und Generälen den Lauspaß gab. Endlich erklärte er Deutschland den Krieg, indem er sich mit dessen Erzfeinden des Gelbes wegen (Staatsanleihen!) verbündete. Und er ließ auf den Feldern Ostpreußens seine Garderegimenter — zur Rettung und zum höheren Ruhm Frankreichs — verbluten. . . .

Die Abrechnung dafür kam in Zekaterinburg, dem alten petrinschen Katharinenburg, in einer Schlucht des Uralgebirges. . . .

## Wichtige Beratungen in Paris.

Henderson — Stimson — Briand.

Paris, 16. Juli. (P.M.) Der englische Außenminister Henderson, der gestern hier eintraf, statete zunächst Briand einen Besuch ab, wobei er mit ihm eine halbe Stunde lang konferierte. Hierauf gab der französische Außenminister für den englischen Minister ein Frühstück, an dem auch der französische Ministerpräsident Laval, Unterstaatssekretär Poncet, sowie verschiedene höhere Beamte des Außenministeriums teilnahmen. Auch der amerikanische Staatssekretär Stimson traf inzwischen aus Rom in Paris ein. Er konferierte zunächst mit Briand und dann mit Henderson.

Die Presse mißt dem Besuch Hendersons in Paris eine große Bedeutung aus dem Grunde bei, weil er mit den Geschehnissen in Deutschland, sowie mit der Durchfahrt des Staatssekretärs Stimson durch Paris zusammenläuft, mit dem Henderson eine Begegnung hatte. Trotzdem der Besuch einen rein privaten Charakter trägt, zweifelt die Presse nicht daran, daß wichtige Unterredungen zwischen den Staatsmännern Frankreichs und Henderson, sowie Stimson stattfinden werden, in deren Verlauf man sich mit Problemen beschäftigen wird, die mit der deutschen Krise sowie mit dem Abrüstungsproblem zusammenhängen.

### Allgemeine Rüstungsferien?

Paris, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die für heute vormittag angelegte Besprechung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Laval und dem Außenminister Briand einerseits sowie dem amerikanischen Staatssekretär Stimson und dem englischen Außenminister Henderson andererseits dient offiziell zu einer Meinungsäußerung über die im nächsten Jahres stattfindende Abrüstungskonferenz. Man ist sich darüber klar, daß die außerordentlich schwierige Lage in Deutschland die Notwendigkeit einer internationalen Hilfe gebieterisch aufzeigt. Dieser Zusammenkunft der Minister wird ganz besondere Bedeutung beigegeben.

Die in den Abendstunden des Mittwoch stattgefundenen Besprechung des amerikanischen Staatssekretärs Stimson mit Henderson diente bereits dazu, die amerikanischen und englischen Ansichten zu sondieren, um möglicherweise heute morgen mit konkreten Plänen der Französischen Regierung gegenüberzutreten zu können. Man scheint auch auf französischer Seite sehr viel von dem Ausgang dieser Besprechungen zu erwarten, da für Freitag ein Ministerat angelegt wird, dem die Ergebnisse der heutigen Zusammenkunft vorgelegt werden sollen. In französischen politischen Kreisen glaubt man, daß Henderson der Französischen Regierung allgemeine Rüstungsferien vorschlagen wird und hierbei von der Absicht ausgeht, dann auch die Reichsregierung zu einer derartigen Maßnahme in bezug auf den Panzerkreuzerbau zu bewegen. Eine vorherige Verständigung Hendersons mit Stimson werde bereits als feststehend angenommen. Der „Quotidien“ ist der Auffassung, daß aus den heutigen Besprechungen ein Plan hervorgehen wird, der dazu dienen soll, Deutschland unter bestimmten Bedingungen die für die Aufrichtung seiner wirtschaftlichen Lage notwendige Hilfe zu bringen.

Es wurde eine grausame, un menschliche Abrechnung! Die Zarenfamilie riß mit sich in den Abgrund die zweihundertjährige Kulturarbeit des Abendlandes in Skythien vernichtet. Sie gab Osteuropa dem Orient zurück, indem sie die westliche Zivilisation dem asiatischen extremen Marximus preisgab.

Es ist stark zu bezweifeln, ob die Romanow-Holstein-Gottorper einmal wieder den Thron Peters III., ihres Urahnen (1761—1763), gewinnen werden. Die Zerbrückelung des Imperiums schreitet unter dem blutigen Regime des roten Kremles immer mehr vor. Die Ukraine, der Kaukasus und alle Länder Zentralasiens und des fernen Ostens halten sich nur noch sehr lose an Moskau, und man darf vermuten, daß es nicht mehr lange dauern wird, bis Rußland zu den alten Grenzen des einstigen Moskowiterreiches im XVII Jahrhundert zurückkehrt. Dies geschieht sicherlich, nachdem die großspurigen Aufbaupläne Stalins und sein „Fünfjahresplan“ endgültig zusammengebrochen sind; aber auch erst dann, wenn sich die große Kulturaktion der Deutschen aus ihrem außenpolitischen Elend herausgekämpft hat.

In einer tiefen Klust des Urals ruhen die verbrannten Gebeine des „kleinen Obersten“, der sich in seiner gutmütigen Beschränktheit eingebildet hat, ein Sammelfürst von halbwillden Völkerschaften ohne Unterstützung germanischer Elemente regieren zu können. Und mit diesen Gebeinen der Kaiserfamilie aus dem Herzogshaus der Holstein-Gottorper ruhen dort, an der Grenze Asiens und Europas, auch zugleich die besten Kulturhoffnungen des ganzen Abendlandes im Osten!

### Englands Einladung zur Ministerkonferenz.

London, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Kurz nach Mitternacht gab das Außenamt folgende Erklärung heraus:

„Die Englische Regierung ist der Ansicht, daß es jetzt notwendig ist, die Ministerkonferenz unverzüglich einzuberufen, wie dies vorgesehen war. Es ist wünschenswert, daß die Ministerkonferenz sich am Montag, dem 20. Juli um 18 Uhr in London versammelt. Der Sachverständigenausschuß wird, wie vorgesehen, am Freitag zusammentreten und sich zur Verfügung der Minister am Montag halten. Der Ministerpräsident Macdonald und Minister Henderson werden, wie vorgesehen am Freitag nach Berlin fahren, und rechtzeitig für die Ministerkonferenz am Montag zurückkehren. Die Einladungen werden bald ergehen.“

### Einladung der Reichsregierung nach Paris.

Berlin, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Reichsregierung hat in der Nacht von der Französischen Regierung die Einladung erhalten, sofort nach Paris zu kommen, um dort über die wirtschaftliche Lage Deutschlands und Europas und über die Möglichkeit eines größeren langfristigen Kredites zu beraten. Die Reichsregierung hat eine Entscheidung darüber, ob sie die Einladung annimmt und den Reichskanzler mit dem Außenminister schon heute abend nach Paris entsendet, noch nicht gefällt. Allerdings besteht die Absicht, die Reise heute abend anzutreten. Man wird zunächst jedoch noch mit dem englischen Ministerpräsidenten, der seinen Besuch für Freitag in Berlin angekündigt hat, verhandeln.

Die Einladung ist auf einen Führer der Reichsregierung in Paris zurückzuführen. Wenn der Reichskanzler mit dem Außenminister heute noch verreist, würde der für morgen vorgesehene Besuch des englischen Ministerpräsidenten und Außenministers auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Im Anschluß an die Pariser Reise dürften Brüning und Curtius sofort nach London zu der von der Englischen Regierung angeregten Ministerkonferenz fahren.

### Paris gegen die Ministerkonferenz.

Frankreich will substantielle Sicherheiten.

Paris, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Aus den wenigen Informationen über die gestrigen Besprechungen zwischen Henderson und den interessierten französischen Ministern geht deutlich hervor, daß Henderson zwischen Frankreich und Deutschland vermitteln will. Auch Stimson bemüht sich, Frankreichs Unnachgiebigkeit zu brechen. Es ist allgemein bekannt, daß die Französische Regierung alles daran setzen wird, um ein Einmischen in ihre bisherige Haltung zu verhindern.

In der Pariser Morgenpresse steht man deshalb den Absichten Hendersons direkt feindlich gegenüber. So sagt das „Journal“: Frankreich könne sehr wohl auf Ratsschlüsse von außen verzichten, zumal wenn diese

Ratshläge von englischer Seite kämen. Henderson wolle beide Länder versöhnen und die Kopien Frankreich tragen lassen. Der „Petit Parisien“ meint, England und Amerika versuchten, die finanzielle Hilfe für Deutschland zu sehr mit der Abstützung zu verbinden, während Frankreich im Augenblick nur an politische Garantien denke. Caval soll dem Blatt zufolge Henderson zu verstehen gegeben haben, daß man in Frankreich sehr wenig von einer Ministerzusammenkunft halte und deshalb von ihr Abstand zu nehmen gedente.

„Caval“ sagt zu den Unterredungen mit Stimson und Henderson und der Frage einer möglichen Finanzhilfe für Deutschland u. a., daß die französischen Staatsmänner keine Politik treiben dürfen, die das Nationalvermögen in gewagten Operationen anlegen würde. Deshalb könne Frankreich nicht, Deutschland Kredite eröffnen, ohne substantielle Sicherheiten als Gegenleistung von Deutschland zu erhalten. Diese müßten durch ein gemeinsames Abkommen der beteiligten Finanzminister bekräftigt werden.

#### Auch Amerika für die Ministerkonferenz.

London, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die bevorstehende englische Einladung zur Ministerkonferenz erklärt der der Regierung nahestehende „Daily Herald“ damit, daß die Englische Regierung schon immer seit Bekanntgabe des Hoover-Planes die Notwendigkeit gefühlt habe, die finanzielle Lage Deutschlands offen und grundfänglich zu erörtern. Die Sachverständigenkonferenz, die am Freitag zusammentrete, werde besondere Fragen zu erörtern haben, die sich aus der grundfänglichen Annahme des Hoover-Planes durch Frankreich ergeben hätten. Dies sei jedoch nach Ansicht der Englischen Regierung nicht genug. Vielmehr müsse die Gesamtlage besprochen werden mit dem endgültigen Ziel, irgendeine Art von Erleichterungen für die deutschen Finanzschwierigkeiten zu finden. Es sei die Ansicht in Regierungskreisen, daß dieser Plan die lebhafteste Unterstützung der Vereinigten Staaten habe. MacDonald und Henderson würden am Montag so rechtzeitig nach London zurückfliegen, daß sie beide zur Eröffnung der Ministerkonferenz in London eintreffen. Sollte daher Frankreich jetzt irgendwelche Schwierigkeiten wegen der Einberufung der Ministerkonferenz machen, so werde Henderson vor seiner Abreise aus Paris nach Berlin sicher die französischen Staatsmänner über alle Zweifel beruhigen, die sie möglicherweise haben könnten.

#### Brüning bei Hindenburg.

Nachdem Reichspräsident v. Hindenburg am Mittwoch früh kurz nach 7 Uhr fahrplanmäßig auf dem Bahnhof Friedrichstraße eingetroffen war, hat er noch am Vormittag in seinem Palais Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag empfangen.

Soweit man bisher urteilen kann, ist der Gedanke an eine Notwährung durch Wiederausgabe von eingezogenen Rentenbanknoten aufgegeben. Dafür wurde die Deckungsgrenze für die Reichsbanknoten um 10 Prozent, von gegenwärtig 40 auf 30 Prozent, herabgesetzt. Dies ergibt die Möglichkeit, um eine Milliarde mehr Noten umlaufen zu lassen, erzwingt aber gleichzeitig eine Notensteuer der Reichsbank an das Reich und eine weitere Diskontsteigerung.

Eine Diskonterhöhung auf einen bisher noch nicht dagewesenen Satz wird gleichfalls erwogen, was praktisch bedeuten würde, daß nur, wer Geld unbedingt braucht und mit diesem Gelde außerordentliche Verdienstmöglichkeiten hat, es sich sichern würde und könnte. Billig offensichtlich ist, daß unter diesen Umständen die Wirtschaft weiter unter furchtbarem Druck bleiben wird, während ihre Befreiung von Druck und ihre Wiederbelebung unbedingt erforderlich sind.

#### Neue Notverordnungen der Reichsregierung

Berlin, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das Reichskabinett hat gestern kurz nach 9 Uhr abends seine Beratungen benedet. Beschlossen wurden fünf Verordnungen und zwar eine Rahmenverordnung des Reichspräsidenten und vier Ausführungsverordnungen zu diesen Dekreten.

#### Die Rahmenverordnung,

Die auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung erlassen wurde, hat folgenden Wortlaut: § 1. Die Reichsregierung ist ermächtigt, die Wiederausgabe der Auszahlungen durch die Banken nach dem Ablauf der Bankferien zu regeln. Die Reichsregierung kann Schutzmaßnahmen gegen die Folgen der Verordnung der Bankferien treffen und die Wiederausgabe der Zahlungsumsätze regeln. § 2. Die Reichsregierung ist ermächtigt, Bestimmungen zu erlassen: a) zum Schutz der Auslandsmittel und der Forderungen in Auslandsvaluta, gestützt auf die Devisenverordnung vom 8. November 1934, b) zur Veröffentlichung der Kurse von Wertpapieren und Bargeld. § 3. Diese Verordnung tritt mit dem 16. Juli 1931 in Kraft.

#### Die Ausführung-Verordnung,

die sich auf die Rahmenverordnung stützt, enthält folgende Bestimmungen: Am 16., 17. und 18. Juli 1931 können die Bankinstitutionen, die gefeiert haben, mit Ausnahme der Privatnotenbanken, sowie der Golddiskontbank Bargeld nur nach der Erbringung des Nachweises ausbezahlen, daß die abgehobenen Summen für folgende Zwecke bestimmt sind: a) für Arbeitslöhne, Pensionen und Renten, b) zur Zahlung von Unterstützungen an die Arbeiter, sowie von Unterstützungen aus dem Titel der sozialen Fürsorge, c) zur Auszahlung von Versicherungsprämien, die sich aus den sozialen Versicherungen sowie anderen öffentlichen und privaten Versicherungen ergeben, d) zur Zahlung der Steuern von anderen öffentlichen Verpflichtungen.

Die Verordnung stellt ferner fest, daß dieselben Einschränkungen auch beim Überweisungsverkehr Anwendung haben. Überweisungen sind jedoch ohne Einschränkungen in folgenden Fällen anzulassen: a) sofern sie zum Zwecke haben, die oben vorgegebenen Barauszahlungen zu ermöglichen, b) sofern sie im Rahmen derselben Finanzinstitution bewirkt werden, c) sofern sie zum Zwecke haben, die sich aus dem Gesetz über die Arbeitslosen- und die Arbeitsvermittlungs-Versicherung ergebenden Zahlungs-

gen zu ermöglichen, d) sofern sie Leistungen zugunsten des Versicherten betreffen.

Die Verordnung stellt schließlich fest, daß die Ausnahme von Einzahlungen durch die Banken keinen Beschränkungen unterliegen, und daß die nach dem 19. Juli 1931 getätigten Vereinfachungen bei der Einzahlung von den erwähnten Einschränkungen nicht betroffen werden.

#### Moratorium.

Ein Schuldner, der infolge der Bankferien oder infolge dieser Verordnung seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, wird von den sich hieraus ergebenden Rechtsfolgen befreit. Dies betrifft jedoch nicht die Pflicht zur Zahlung von Verzugszinsen.

Diese Verordnung tritt am 16. d. M. in Kraft.

#### Reichsbank-Diskont — 10 Prozent.

Berlin, 16. Juli. (P.M.) Die Reichsbank hat mit dem heutigen Tage den Diskontsatz von 7 auf 10 Prozent und den Lombardzinsfuß von 8 auf 15 Prozent erhöht. Im Zusammenhang damit meldet das Volkswort, daß die Reichsbank mit dem gestrigen Tage die Notendeckungsgrenze auf unter 40 Prozent herabgesetzt hat. Die entsprechende Ermächtigung wurde vom Generalrat der Reichsbank erteilt. Die Reichsbank hat es nicht für angezeigt gehalten, mit der Erhöhung des Diskontsatzes bis zu dem Augenblick zu warten, da die im Artikel 29 des Bankgesetzes enthaltenen Bedingungen erfüllt sein werden; doch in dieser Voraussetzungen hat sie schon heute den Diskontsatz erhöht.

#### Die deutschen Bankhalter wieder geöffnet.

Nach den zwei Bankferientagen, die von der Regierung auf dem Wege der Notverordnung eingeführt worden sind, um inzwischen den Geldverkehr wieder in geordnete Bahnen zu lenken, sind also am heutigen Donnerstag die Schalter der Banken und Sparkassen wieder geöffnet.

Wie sich im einzelnen die technische Abwicklung der Geschäfte gestalten wird, wird durch die oben skizzierte neue Notverordnung bestimmt. Schon jetzt darf es als sicher gelten, daß die Banken und Sparkassen in der Lage sein werden, den Ansprüchen der Einleger nach Maßgabe der Notverordnung voll gerecht zu werden.

Die unbedingte Festigkeit der Mark und die Vermögenssubstanz der Banken und sonstigen Kreditinstitute bieten die Gewähr, daß bei vernünftigem Verhalten des Publikums niemand auch nur einen Pfennig verliert. Eine geordnete Abwicklung wird zweifellos ganz wesentlich erleichtert werden, wenn noch mehr als in normalen Zeiten von der Einrichtung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs weitgehender Gebrauch gemacht wird. Nicht nur im Bank- und Warengeschäft, sondern auch zur Befriedigung vieler Lebensbedürfnisse ist der Scheck ein geeignetes Zahlungsmittel.

Mit der Öffnung der Bankhalter ist selbstverständlich jedem Bankkunden auch wieder die Möglichkeit gegeben, über seine Effektdokumente in vollem Umfang frei zu verfügen.

Die Schalter der Danat-Bank werden zunächst noch geschlossen bleiben. Aber auch hier wird niemand an seinen Depots irgendwelchen Schaden erleiden, selbst wenn sich in diesem Falle eine gewünschte Auslieferung zeitlich hinauszögern sollte.

#### In Berlin alles ruhig!

Berlin, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In Berlin herrschte auch am Donnerstag vormittag völlige Ruhe. Besondere Maßnahmen der Polizei mit Ausnahme des verstärkten Streifendienstes und des Schutzes der Banken und Sparkassen durch Polizeiposten sind nicht getroffen.

Soweit bisher Berichte aus Bankkreisen vorliegen, war die Lage vor den Bankhaltern, die heute wieder geöffnet sind, ruhig. Eine ganze Anzahl von Kontoinhabern, die die Zeitungen nicht gelesen hatten daher über die neue Verordnung nicht unterrichtet waren, und die Guthaben abholen wollten, mußten jedoch nach Verlegung des Sachverhaltes unverrichteter Dinge den Heimweg antreten. Stärker ist der Andrang an den Schaltern der Sparkassen. Vielfach stehen die Sparer, die Geldabhebungen vornehmen wollen, Schlange. Aber auch hier widelt sich der Verkehr im allgemeinen ruhig ab. Nur vor der Zweigstelle der Stadtparisse in Neu-Kölln kam es zu Reibereien. Die Wartenden überrannten den aufgestellten Polizeiposten und drangen in den Kassenraum ein. Es gelang jedoch dem Vorsteher und den anderen Beamten die aufgeregte Menge zu beruhigen, so daß auch hier nach kurzer Zeit die Geschäfte wieder glatt abgewickelt werden konnten.

Auch aus dem Reiche liegen bis zur Mittagstunde keine Nachrichten über ernstere Zusammenstöße vor.

#### Deutschland bezahlt die letzte Youngrate.

Basel, 16. Juli. (P.M.) Deutschland hat die nicht geschützte Rate aus dem Titel des Young-Plans, die Frankreich zusteht, in die Bank für internationale Zahlungen eingezahlt. Die Bank hat diesen Betrag unverzüglich der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zur Verfügung gestellt.

#### Weitere Tribute werden nicht mehr bezahlt!

Washington, 16. Juli. (W.E.B.) Die Regierung erhielt gestern die offizielle Nachricht, daß die W.Z. von Frankreich, England und Italien auf Grund des Hoover-Planes die Mitteilung erhalten ha, daß diese Länder die am 15. Juli fälligen Tributzahlungen nicht erwarten.

#### Zunehmender Optimismus in Amerika.

Newyork, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Im Weißen Hause und im Staatsdepartement beurteilt man die Entwicklung der Lage Deutschlands heute etwas optimistischer. Stärkstes Interesse erregt die Mitteilung,

daß die Englische Regierung die europäischen Mächte für den Montag zu einer Konferenz eingeladen hat. Die Amerikanische Regierung hält natürlich — wie Castle erneut betonte — unverändert an dem Prinzip der Nichtmischung in europäische Angelegenheiten fest. Es hat aber die Absicht, zu der Konferenz einen Beobachter zu entsenden.

Was die Kreditpolitik betrifft, so beharrt die Regierung auf dem Standpunkt, daß die Federal Reserve Banken kein Geld hergeben sollten, solange sich die Bank von Frankreich nicht zur Teilnahme an einer internationalen Kreditaktion bereitfindet.

Die Erhöhung des Reichsbankdiskontes, sowie die übrigen innerdeutschen Maßnahmen finden uneingeschränkte Zustimmung der Finanzmänner. Auch die Herabsetzung der Golddeckung wurde ruhig aufgenommen, da man weiß, daß die Reichsbank nur diesen Ausweg hatte, der nach Ansicht der Weltmarkt geringere Gefahren birgt, als die Rückkehr zur Rentenmark. Im übrigen wird in Bankkreisen immer wieder betont, daß eine Lösung der mitteleuropäischen Finanzkrise von den Regierungen anzubahnen ist. Man wartet daher mit Spannung auf den Ausgang der bevorstehenden politischen Besprechungen.

#### Sturz des englischen Pfundes an den Weltbörsen.

Berlin, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Im Zusammenhang mit den starken Kreditkündigungen der französischen Banken in London und der internationalen Lage setzte am Mittwoch an den internationalen Börsen eine sensationelle Abwärtsbewegung des englischen Pfundes ein. Das Pfund ging gegen den französischen Franken auf 123 zurück, nachdem der Kurs noch vor wenigen Tagen bei 124 gehalten werden konnte. Später war eine Erholung auf 123,40 zu verzeichnen. Gegen Newyork schwächte sich das englische Pfund vorübergehend auf 4,84 ab und konnte sich erst später auf 4,85 $\frac{1}{4}$  erholen. Auch an den übrigen Weltbörsen lag das Pfund anherberordentlich matt, und zwar gegen Zürich 24,98 und gegen Amsterdam 12,02.

Eine derartige Erschütterung der englischen Währung findet nur noch ein Beispiel in den Ereignissen bei Ausbruch des Weltkrieges. Angesichts dieser empfindlichen Abschwächung der englischen Währung, durch die der Goldpunkt untergraben wurde, ist mit starken englischen Goldabgaben zu rechnen, gegen die sich England allerdings durch ein Verbot der Goldausfuhr schützen kann.

#### Die Lage in Danzig.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 15. Juli 1931.

Hinter den Stobsposten, die der 13. Juli aus Berlin brachte, ist naturgemäß der Danziger Matrosenkonflikt etwas in den Hintergrund getreten. Im übrigen hat das Kriegsschiff „General Gallier“ den Danziger Hafen verlassen und die Matrosenpatrouillen haben aufgehört. Die von Danzig beantragte sofortige Zwischenentscheidung des Hohen Kommissars, den ohne Genehmigung eingerichteten polnischen Patrouillendienst in Danzig sofort einzustellen, hat damit an Aktualität verloren.

Im übrigen hat auch Polen inzwischen die Entscheidung des Hohen Kommissars angerufen einmal in der Richtung der Feststellung, daß das Vorgehen Polens in Danzig doch mit den internationalen Regeln übereinstimme, zum andern aber, daß die Danziger Verordnung über die Genehmigungspflicht der Patrouillen eine „action direct“ darstelle.

In Auswirkung der finanziellen Krise im Reiche hat man vorsorglich auch in Danzig Bank- und Börsenfeiertage bis Donnerstag eingeführt. Der Diskontsatz der Bank von Danzig wurde um 1 Prozent erhöht. Der Senat hat Schritte unternommen, um die für die Lohnzahlung erforderlichen Mittel für die Danziger Wirtschaft verfügbar zu machen. Auch die Mittel für staatliche und städtische Leistungen, sowie zur pünktlichen Auszahlung der Erwerbslosen-Unterstützung liegen gleichfalls bereit.

Hoffentlich können die Bankhalter bald wieder geöffnet werden, schon, um dunklen Geschäftsmachern das Handwerk zu legen, die die Lage von Marknoten ausnutzen möchten zum spottbilligen Einkauf.

Die Danziger Bevölkerung ist auch heute, dem Stichtag für die Aussteuerung der langfristigen Erwerbslosen, vollkommen ruhig. Die Behörden haben im übrigen alle Vorkehrungen getroffen, um Unruhestiftern gegebenenfalls sofort auf die Finger klopfen zu können. Es gehen Polizeistreifen mit umgehängtem Karabiner durch die Stadt.

Die von den Linksparteien beantragte Einberufung des Volkstages, der in der gegenwärtigen gespannten Lage nur neue Unruhe hätte herbeiführen können, ist von der Mehrheit des Allteinstauschusses heute vormittag abgelehnt worden. Die Regierung hatte schon vorher in einer interfraktionellen Sitzung erklärt, daß eine weitere Hinauszögerung der Aussteuerung der Erwerbslosen angesichts der finanziellen Notlage des Staates — herbeigeführt durch die hohe Erwerbslosenziffer und niedrigere Einnahmen infolge der schlechten Wirtschaftslage an Böllen und Steuern — nicht zu verantworten sei. Mühte doch schon wieder ein neuer Überbrückungskredit von 6 Millionen Reichsmark aufgenommen werden.

Der Matrose Tygielski von der polnischen Handelsmarine wurde hier beim Verlassen einer polnischen Pension in der Pfefferstadt verhaftet, weil er einen Nationalsozialisten, der aber nicht die Parteiform trug, angerempelt und ihm mehrere gefährliche Messerstiche beigebracht hatte.

#### Wasserstands Nachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 16. Juli 1931.

Arauf + —, Zawichost + 0,82, Watischau + 0,63, Bock + —, Thorn + 0,04, Jordan + 0,12, Culm + 0,14, Graudenz + 0,04, Kurzebrat + 0,32, Bielak — 0,49, Pilsken — 0,76, Einlage + 2,32, Schwienhorst + 2,58.

# Forderungen der Arbeitslosen.

Bromberg, 16. Juli.

Am Dienstag fand in dem Lokal an der 4. Schleuse eine große Versammlung der Arbeitslosen statt, in der der Vorsitzende Kryjak über die am Vortage im Magistrat gepflogenen Verhandlungen berichtete. Von der Versammlung im Magistrat und deren Ergebnis haben wir unseren Lesern bereits Kenntnis gegeben. Nach dem Bericht des Vorsitzenden verlas der Arbeiterssekretär Dereznicki eine Resolution, die der Denkschrift beigefügt werden soll, die man an die Regierung richten wird. Als sich ein Redner der Unabhängigen erhob und der Vorsitzende ihm nicht das Wort erteilen wollte, kam es zu Pörmereien, die erst durch das Einschreiten der Polizei beendet wurden. Es entstand ein Tumult und unter den Rufen „Haus mit dem bezahlten Lumpen!“ wurde die Entfernung des Redners von der Tribüne begleitet. Als man auch einem zweiten Sprecher der Unabhängigen das Wort entzog, verließen die Anhänger dieser Partei unter Pfeifen und Johlen den Saal. Nach Wiederherstellung der Ordnung wurde folgende Resolution angenommen:

Ungeachtet der andauernden und sich immer mehr vertiefenden Wirtschaftskrise, die für die Arbeiterklasse unerträglich ist, beschließen die Versammelten:

1. daß, um die Arbeitsstätten wieder zu beleben, man sich an die Regierung und den Magistrat wenden müsse, um entsprechende Kredite für die Durchführung der projektierten und schon begonnenen Bauarbeiten zu erhalten;
2. daß eine genaue Kontrolle durch die maßgebenden Stellen geführt werden müsse, ob die Häuser und Wohnungen den bestehenden Vorschriften entsprechen und falls dies nicht der Fall sei, die Besitzer derselben gezwungen werden müßten, Renovierungsarbeiten vorzunehmen;
3. daß auf die genaue Durchführung der Vorschriften über die Arbeitsvermittlung geachtet wird, damit in erster Linie hiesige Arbeitslose Beschäftigung erhalten;
4. daß die Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche beschränkt wird, bei Erhaltung der gleichen Lohnhöhe und damit der Arbeiterklasse das Existenzminimum gewahrt bleibt;
5. daß Überstunden nicht gemacht werden und überhaupt die Sozialgesetze streng beachtet und den herrschenden Verhältnissen entsprechend erweitert werden;
6. daß die öffentlichen Arbeiten, wie Wege- und Brückenbau, Meliorationen und Städtereinigungen vorgenommen werden;
7. vom Magistrat zu fordern, daß alle Anträge zur Durchführung von Bauten und zur Abgabe von Baustellen nach Möglichkeit sofort und wohlwollend erledigt werden;
8. die Versammelten fordern von der Regierung die sofortige Durchführung einer Revision des Gesetzes für den Fall der Arbeitslosigkeit, Aufhebung der Artikel 5 und 13 dieses Gesetzes und sofortige Durchführung einer Nothilfe für alle die Arbeitslosen, die in den letzten 12 Monaten die vorgesehene 20 Arbeitswochen nicht arbeiten konnten;
9. die Versammelten fordern vom Magistrat mehr Fürsorge für die Arbeitslosen, Erteilung von Unterstützungen in Naturalien und in bar für alle die, die keine Unterstützung erhalten, und Unterkunftsplätze, in denen sie sich aufhalten können — und schließlich
10. die Versammelten fordern vom Magistrat, den Starosten, den Woiwodschaften und der Regierung Arbeit und Brot.

Außerdem fordern die Arbeitslosen geistigen Arbeiter, daß alle die, die über 400 bis 700 Zloty monatlich verdienen, sich mit einer Steuer von einem Zloty pro Woche belegen, alle die, die über 700 Zloty verdienen, mit einer solchen von 2 Zloty pro Woche, außerdem, daß alle Personen, die Nachtlokale aufsuchen, eine Gebühr von einem Zloty für die Arbeitslosen beim Eintritt bezahlen.

Die Lage der Arbeitslosen hat, wie der letzte Winter bewies, bei der Bromberger Bürgerschaft, die sich einer freiwilligen Besteuerung unterwarf, volles Verständnis gefunden. Die Bromberger Bürgerschaft und der Magistrat haben durch außerordentliche Opfer viel getan, um die entsetzliche Not zu lindern. Man hat gehofft, daß der Sommer eine Erleichterung bringen würde. Die Erleichterung ist nicht eingetreten, die Zahl der Arbeitslosen hält sich noch immer auf 4000! Die schwere Wirtschaftskrise hat andererseits zu einer Verarmung von Handel und Industrie geführt, zu einer proletarisierung des Mittelstandes. Die Bürgerschaft dürfte kaum mehr in der Lage sein, so gern sie möchte, große Opfer zu bringen. Es ist höchste Zeit, daß die Regierung endlich Schritte unternimmt und etwas für die Arbeitslosen tut. Es geht nicht an, daß die Regierung der Bürgerschaft außer einer ungeheuren Steuerlast auch noch die Sorge für die Arbeitslosen überläßt. Wenn die Arbeitslosen in ihrer Resolution die energische Durchführung von Renovationen fordern, so dürfen sie nicht vergessen, daß auch der Hausbesitz ungeheuer unter der Arbeitslosigkeit leidet. Wie viele Hausbesitzer gibt es, die keine Miete von den Arbeitslosen erhalten, und auf diese Weise einen sehr großen Tribut entrichten. Wer Geld hat, der hat bestimmt schon die Renovation seines Gebäudes vornehmen lassen. Wer kein Geld hat, soll nun dazu gezwungen werden. Wir sehen dieses Mittel als völlig ungeeignet an, Abhilfe in der großen Not zu schaffen.

Am kommenden Sonnabend wird die Denkschrift der hiesigen Wirtschaftskreise an die Regierung abgehen,

in der um energische Hilfe und Unterstützung gebeten wird. Wir wollen im Interesse der Stadt und im Interesse des Staates hoffen, daß diese Denkschrift nicht ebenso unbeachtet bleiben wird wie viele andere der gleichen Art. Es ist verständlich, wenn die Arbeitslosen in dieser Zeit die Geduld verlieren und energisch eine Unterstützung verlangen. Man sollte die Not der Ärmsten nicht auf die Spitze treiben.

## Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 16. Juli.

### Wechselnde Bewölkung.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung und ziemlich kühles Wetter bei einzelnen Schauern an.

### Mord im Landkreise Bromberg.

Ein schrecklicher Vorfall ereignete sich in Sophiental (Sofin) im Kreise Bromberg.

Zwischen dem 63jährigen Landwirt Stanislaw Brodzisz und seinem Nachbarn, dem 40jährigen Mühlenbesitzer Franz Postke in Sophiental, bestanden seit längerer Zeit Zwistigkeiten, die in diesen Tagen zu einer heftigen Auseinandersetzung mit tragischem Ausgang führten. Im Laufe dieser Auseinandersetzung holte Brodzisz aus seiner Wohnung ein Gewehr und gab auf seinen Nachbar zwei Schüsse ab, durch die Postke auf der Stelle getötet wurde. Als die Frau des Erschossenen herbeieilte, gab Brodzisz auch auf sie einen Schuß ab, der die Frau an der Hüfte verletzte. Ihrem Leben droht keine Gefahr. Der Täter wurde verhaftet.

§ Einschränkung des Flugverkehrs. Aus Sparsamkeitsgründen unterliegt der Flugverkehr ab 1. August einer Einschränkung. Flugzeuge, die bis jetzt täglich flogen, werden nur noch dreimal wöchentlich verkehren.

§ Der erste Viehmarkt nach fast einjähriger Unterbrechung infolge der herrschenden Seuchen fand am vergangenen Dienstag statt. Der Verkehr war noch verhältnismäßig schwach. Es wurden 65 Ferkel und 5 Schweine aufgetrieben. Man zahlte für Ferkel 25,00—40,00 Zloty pro Paar.

§ Der gestrige 11. Renntag brachte eine Totalisatorüberwachung wie sie Karlsdorf noch nicht erlebt hat. In dem Hürdenrennen über 3000 Meter gewann mit einer Länge Vorprung der Favorit „Tedy Siedy“ unter Chomicz. Für den Sieg zahlte man 10:15, für Platz desselben Pferdes 10:18. „Naulaka“ aber des Herrn Golszajski, der das Pferd selbst ritt, wurde zweiter, diese hervorragende und unerwartete Platzierung wurde mit der Rekordsumme von 22 Zloty für 10 durch den Toto anerkannt. Das Flachrennen über 1600 Meter um den Preis des Sportklubs Kujawien-Mawowien gewann „Góra Beja“ unter Lipinski mit Kopflänge. Toto 10:19. Das Hürdenrennen über 2800 Meter um den Preis von 1000 Zloty sicherte sich „Wpida“ unter Wipowicz. Toto 10:10, 10:10 und 10:18. Das Flachrennen über 850 Meter machte „Danalda“ vor „Cinia“. Toto 10:10, 10:12 und 10:17. Das Flachrennen über 2100 Meter um den Preis von 1200 Zloty gewann „Bebuin“ unter Konezal vor „Majdan“. Toto 10:20, 10:10, 10:10.

§ Zirkus de Paris. Die Eröffnungsvorstellung des Zirkus de Paris, der sein Zelt in der Burgstraße (Grodzka) aufgeschlagen hat, trug deutlich den Stempel der wirtschaftlichen Notlage unserer Tage. Die Zirkusleitung wird sich gewiß einen besseren Kassenerfolg versprochen haben. Die ausgezeichneten Darbietungen haben aber die teilweise leeren Bänke durchaus nicht verdient. Die Welt der Unwirklichkeit, der Illusion, des Staunens und Wunders ist auch in diesem Zelt daheim. Es gibt atemberaubende Attraktionen. Da wären an allererster Stelle die 4 Antonis, die fliegenden Menschen zu nennen, eine fabelhafte Leistung, die eine Glanznummer eines Wintergartenprogramms sein könnte. Einen großen Erfolg hatten Albert Bergs Bären-dressuren aufzuweisen, denen Kuroffs Freiheitsdressuren nichts nachgeben. Aus der Fülle des Programms sei noch der Radsfahrerkrobat zu nennen, dessen Leistungen einen starken Beifall ernteten.

§ Bruchlandung eines Militärflugzeuges. Am Dienstag mußte ein Thorner Militärflugzeug, das sich auf dem Wege nach Posen befand, bei Bromberg eine Notlandung infolge Motordefekts vornehmen. Während der Landung wurde der rechte Flügel und das Steuer des Flugzeuges zerstört. Die Insassen blieben unverletzt.

§ Einbruch zwischen 9 und 11 Uhr vormittags in die Wohnung des Gartenstraße (Piekna) 37 wohnhaften Stanislaw Leński und stahlen Schmucksachen und Garderobe im Werte von etwa 1500 Zloty. — Dem Bergstraße (Na Wągorzu) 1 wohnhaften Josef Janowski wurden 700 Zloty in Gold und Silber im Werte von 50 Zloty gestohlen. — Einbrecher stahlen aus dem Lager für Fleischermaschinen, Wilhelmstraße (Zagielloniska) 50, 30 Fleischermesser im Werte von 175 Zloty.

§ Vermißt wird seit dem 10. d. M. der 27jährige Josef Spojda, der am Abend des genannten Tages das Haus seiner Mutter, Promenadenstraße 18, verließ und bisher noch nicht zurückgekehrt ist. Bei seinem Fortgang erklärte er, daß er länger nicht leiden könne und sich das Leben

nehmen werde. Die Kriminalpolizei bittet um zweckdienliche Angaben über den Verbleib des Vermißten.

§ In einem Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und einem Wagen kam es in der Bahnhofstraße. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden.

§ Wer ist der Besitzer? Im 5. Polizeikommissariat, Steinstraße (Zamosty) befindet sich ein Fahrrad mit der Fabriknummer 484 157, ferner ein einzelnes Rad mit Vereifung, ein Rasiermesser und ein Saftzwiebeln. Die Sachen, die von Diebstählen herrühren, können von den rechtmäßigen Eigentümern abgeholt werden.

§ Festgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages vier Personen wegen Diebstahls, zwei wegen Vagabundage, eine wegen Betruges und eine wegen Aufputschung zu Gewalttätigkeiten.

### Vereine, Veranstaltungen etc.

Gesellschaftsfahrt mit Autobus nach Joppot Sonnabend, 18. 7. Siehe Inserat. (6849)

§ Aus dem Landkreise Bromberg, 15. Juli. Beim Verreiben von Fohlen, die in ein Getreidefeld geraten waren, wurde der Landwirt Röpke aus Eichberg von einem jungen Tier überlaufen und verletzt.

§ Argentin (Gniwkowo), 15. Juli. Nach dreijähriger Pause findet hier am kommenden Donnerstag wieder der erste Schweinemarkt statt. Von da ab werden nun wie früher allwöchentlich am Donnerstag Schweinemarkte abgehalten werden.

§ Inowroclaw, 15. Juli. Gestohlen wurden der Frau Maria Bloch sechs Herrenhemden im Werte von 70 Zloty und Frau Terese Ceglarska eine Handtasche im Werte von 10 Zloty. Bei dem letzten Diebstahl konnte der Dieb festgenommen werden. — Dieser Tage hatten sich die Eheleute Francijzet und Maria Plewa von hier wegen Einbruchsdiebstahls zu verantworten. Die Angeklagten wohnen mit den Eheleuten Burkacki auf einem Korridor. Der Gemann hatte in einem Koffer Werkzeuge, Silbergeld, Dokumente usw. verwahrt und zu diesem Koffer ein besonderes Schloß konstruiert. Dieser Koffer war aufgebrochen und die Sachen daraus entwendet worden. Bei einer vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden bei den angeklagten Eheleuten zwei Wäschekisten gefunden, die die Burkackischen Eheleute als ihr Eigentum wiedererkannten. Der Angeklagte Plewa behauptet, die Leinen noch aus seiner Matrosenzeit zu haben. Der Staatsanwalt betragt ein Jahr Zuchthaus, das Urteil lautet auf zwei Wochen Gefängnis oder 210 Zloty Geldstrafe. — Verhaftet wurde auf dem heutigen Wochenmarkte der in unserer Stadt ausreißende bekannte Dieb Alexander Schulz. Bei seiner Verhaftung setzte er dem ihn verhaftenden Kriminaloberwachmeister Jozwial Widerstand entgegen, so daß erst ein uniformierter Beamter einschreiten und ihn zur Wache bringen mußte. — Gestorben sind in unserer Stadt im Jahre 1930: 132 Kinder, davon 72 männlichen und 60 weiblichen Geschlechts, von den ersteren 18 uneheliche, von den letzteren 17 uneheliche, 16 Kinder vom 2. bis 5. Lebensjahr, davon 6 Knaben und 10 Mädchen, von dieser Altersgrenze nach oben 319 Personen und zwar 157 männliche und 162 weibliche. — Der Arbeiter Jakubowski aus Kwiecizowo hatte in Wola-wapowska und Rzezin im Kreise Strelno Rechnungen zu kassieren und sandte seinen Sohn Martin zur Caspiangnahme des Geldes dorthin. Nach Erhalt von 130 Zloty entlohf er damit in unbekannter Richtung. Da der brave Sohn erst 18 Jahre alt ist und seinen Vater schon vorher um 3000 Zloty betrogen hat, übergab J. die Angelegenheit der Polizei.

\* Witz (Wyrzysk), 15. Juli. Ein Unglücksfall ereignete sich am Montag mittag auf der Chaussee nach Nesztaf. Der Pächter der Krauseischen Gastwirtschaft in Karlsbad, Mikolajczak, fuhr mit dem Rade nach der Bahnstation. Am Chausseehause kam ihm ein Auto entgegen und ein Auto einer Bonbonfabrik überholte ihn. Dabei streifte der letztere Wagen den Radsfahrer mit dem Hinterrade, wodurch M. stürzte. Dasselbe Auto brachte den Verletzten nach dem hiesigen Kreiskrankenhaus, wo ein Armbruch festgestellt wurde.

## Kleine Rundschau.

### Absturz des Le Briz-Flugzeuges.

Moskau, 15. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In der Nähe der Station Szymberta an der Dnister Eisenbahnstrecke erlag das französische Flugzeug, in dem sich drei Flieger, darunter Le Briz und Doret befanden, die einen Flug Paris-Tokio unternahmen, einer Katastrophe. Von den Fliegern konnten sich zwei durch Absprung mit Fallschirmen retten, während der dritte letzte Verletzungen an den Beinen davontrug. Die Flieger haben sich an die Sowjetbehörden mit der Bitte gewandt, ihnen die Rückkehr nach Moskau zu ermöglichen. Das Flugzeug wurde vollständig vernichtet.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Seple; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Praggobart; Druck und Verlag von A. Dittmann, L. s. o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 161



... und bis zum 10. Jahre dürfen Sie für die zarte, empfindliche Haut Ihres Kindes nur die milde NIVEA KINDERSEIFE verwenden. Nivea-Kinderseife wird nach ärztlicher Vorschrift hergestellt; mit ihrem seidenweichen Schaum dringt sie schonend in die Hautporen ein und macht sie frei für eine gesunde und kräftige Hautatmung. Nivea-Kinder sind ein Stolz der Mütter! Preis: Zl. 1.50



Sonnengebräunte, gesunde Haut jugendfrisches, kerngesundes Aussehen geben Ihnen NIVEA-CREME NIVEA-ÖL (Hautfunktions-Öl) Denn beide enthalten — als einzige ihrer Art — das hautpflegende Eucerit, beide vermindern die Gefahr schmerzhaften Sonnenbrandes und geben wundervoll gebräunte Hauttönung, auch bei bedecktem Himmel. Nivea-Creme wirkt an heißen Tagen angenehm kühlend. Nivea-Öl schützt Sie bei unfreundlicher Witterung gegen zu starke Abkühlung, die leicht zu Erkältungen führen kann, so daß Sie auch an kühlen Tagen in Luft und Wasser baden können. Nivea-Creme: Zl. 0.40 bis 2.60 / Nivea-Öl: Zl. 2.00 und 3.50



Pommerellen.

16. Juli.

Grudenz (Grudziadz).

Der Nachtdienst bei der Grudenz Post.

Die Grudenz Postbehörde gibt über die Gestaltung des Nachtdienstes auf dem Hauptpostamt folgendes bekannt: Von 21 bis 6.30 Uhr sind alle Eingänge zum Postamt geschlossen, mit Ausnahme des Haupteingangs...

Standesamtliche Nachrichten. In der Woche vom 6. bis zum 11. d. M. gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung: 19 eheliche Geburten (10 Knaben, 9 Mädchen)...

Kommunistische Flugblätter verbreitete eine in der Czarniecki-Kaserne wohnhafte Frau. Dabei wurde die Betreffende festgenommen. An sonstigen Arretierungen meldete der Polizeibericht eine wegen Trunkenheit...

Eine Kiefer gefällt und gestohlen wurde im Stadtwalde in der Nacht zum Dienstag. Die Spuren der Tat führten bis in die Gegend der Czarniecki-Kaserne. Weiter ist aus dem Korridor Gartenstraße (Drogobowa) 1 ein Stanislaw Jarasowski aus Czestochowa, Kreis Culm...

Mit einem Wagen der Straßenbahn kollidierte am Dienstag das Auto von Franciszek Zakrzewski aus Warschau. Bei dem Zusammenstoß trug der Kraftwagen einige Beschädigungen davon. Verletzungen von Personen kamen glücklicherweise nicht vor.

Sich selbst das Leben zu nehmen versuchte am Dienstag nachmittag gegen 2 Uhr in Al. Tarpno (Male Tarpno) ein 16jähriges Mädchen, die bei ihren Eltern in der Mendorferstraße (Kowomiejka) wohnhafte Arbeiterin Walerja Koleska.

Thorn (Torun).

Apotheken-Nachtdienst von Donnerstag, 16. Juli, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 23. Juli, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 19. Juli, hat die 'Central-Apotheke' (Apteka Centralna), Culmerstraße (ul. Chelmska) 8, Fernsprecher 169.

Öffentliche Ausschreibung. Das 8. Ofr. Urząd Budownictwa in Thorn will nachstehende Arbeiten vergeben: 1. Bau einer Garage für 48 Automobile beim 4. Fliegerregiment in Thorn; 2. Bau einer Schießschule in der Gar-nison Konik (Chojnice). Offerten sind in zwei versiegelten Briefumschlägen (das äußere mit Bezeichnung der Arbeit, das innere mit Firmenangabe) spätestens bis zum 28. Juli 1931, mittags 12 Uhr, an das 8. Ofr. Urząd Budow. in Thorn, ul. Lazienna 11, einzureichen, worauf um 12.30 Uhr die Offertöffnung erfolgt.

Bevölkerungsbewegung im Juni. Im Monat Juni verzeichnete das Thorner Einwohnermeldeamt 623 An- und 629 Abmeldungen. Unter den Angemeldeten befanden sich 267 Personen aus Pommerellen, 97 aus Großpolen, 101 aus den Zentralwojewodschaften, 9 aus Kleinpolen, 9 aus Deutschland und der Rest aus den Ostgebieten, Oberschlesien, Danzig, Frankreich, Belgien, Argentinien usw.

Der Wasserstand der Weichsel hat sich gestern um 6 Zentimeter gehoben. Während der Pegel gestern auf 0 stand, zeigte er heute früh + 0,06 Meter an. Der Dampfer 'Andrzej Zawojst' schleppte am Dienstag zwei mit

Zucker und leeren Fässern beladene Rähne nach Danzig. Der von Danzig kommende Dampfer 'Fortuna' löschte einen Teil seiner Stückladung und setzte seine Fahrt nach Warschau fort. Ferner lief ein mit Mehl von der Leibschmiedmühle beladener Kahn aus, der von dem Passagierdampfer nach Warschau geschleppt wurde. Die Wasseruhr an der Weichsel, die schon seit längerer Zeit streifte, wird in den nächsten Tagen instandgesetzt werden.

Postverkehr im Juni. Im Monat Juni wurden beim Thorner Postamt aufgegeben: 1 215 000 gewöhnliche Briefe, 28 700 Einschreibsendungen, 383 Wertbriefe, 2800 gewöhnliche Pakete, 110 Wertpakete, 1880 Nachnahmeseudungen, 478 Postaufträge, 10 000 Post- und telegraphische Geldüberweisungen in Höhe von 943 000 Zloty, Anweisungen für die Postparafisse über 3 065 000 Zloty, 112 000 Zeitungen und 2880 Telegramme. Im gleichen Zeitraum gingen in Thorn ein: 1 123 000 gewöhnliche Briefe, 27 300 Einschreibsendungen, 458 Wertbriefe, 4330 gewöhnliche Pakete, 847 Wertpakete, 2580 Nachnahmeseudungen, 546 Postaufträge, 11 800 Post- und telegraphische Anweisungen in Höhe von 806 000 Zloty, 12 700 Anweisungen für die Postparafisse über 522 000 Zloty, 47 000 Zeitungen und 2720 Telegramme. Ortstelephongespräche wurden 1 191 000 und Ferngespräche 17 114 geführt. Von außerhalb erfolgten 17 800 Anrufe.

Zu dem blutigen Familiendrama in der Kraberstraße (Rabianka) erfahren wir noch, daß die Operation des von seinem Schwiegersohn angeschossenen Felix Jankowski einen guten Verlauf genommen hat. Die vier in den Bauch und in die Brust gedrunghenen Kugeln wurden entfernt. Das Befinden des Operierten ist zufriedenstellend, so daß man hofft, ihn am Leben erhalten zu können.

Der letzte Polizeibericht verzeichnet neben drei kleineren Diebstählen vier Übertretungen der polizeilichen Verwaltungsvorschriften, sowie zwei Verhöre gegen die Meldeordnung. Verhaftet wurden am Dienstag eine Person wegen Diebstahls, die nach erfolgter Untersuchung wieder entlassen wurde.

Aus dem Landkreise Thorn, 15. Juli. Ein Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum 10. d. M. in die Wohnung des in Swierzynko hiesigen Kreises wohnhaften Teodor Bielinski verübt. Die Täter drangen nach Einschlagen der Scheibe über den Eingangstür in die Wohnung ein und entwendeten ein Kleid. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Drei Mädchen ertrunken.

Schweż (Swiecie), 15. Juli. Ein höchst bedauerlicher Unglücksfall, dem drei junge Menschenleben zum Opfer gefallen sind, ereignete sich in Jezewo hiesigen Kreises. Drei Mädchen Helene Gabrych, 24 Jahre alt, Sophie Wojciechowska, 27 Jahre alt, und deren Schwester Pelagia Wojciechowska fuhren auf den See mit einem Kahn nach Diefeln. Sie hatten den Kahn bis an den Rand voll gefüllt, so daß er ins Sinken kam. Die Mädchen sprangen aus dem Kahn ins Wasser, wobei sie alle drei den Tod fanden.

Am selben Tage ist abends der 21jährige Sohn der Witwe Matuschewski in Lipinken bei Pastowitz, dessen Vater vor 6 Wochen beerdigt worden ist, beim Baden ertrunken.

Schweż (Swiecie), 15. Juli. Zwei Brände. Am Montag gegen 13 Uhr brach vermutlich durch Rußentzündung im Schornstein in dem Wohnhaus des Landwirts Wilhelm Gieszka, wohnhaft in Drogobowa, Kreis Schweż, Feuer aus, welches das Haus sowie einen Teil der Einrichtung vernichtete. Der entstandene Schaden beträgt ca. 12 000 Zloty, von denen nur 4000 Zloty durch Versicherung gedeckt sind. Am gleichen Tage entstand aus bisher un-

Bei Hämorrhoidalleiden, Verstopfung, Darmrissen Abzessen, Harnrang, Stauungsleber, Kreuzschmerzen, Brustbekommenheit, Herzpochen, Schwindelanfällen bringt der Gebrauch des natürlichen 'Franz-Josef'-Bitterwassers immer angenehme Erleichterung. (5910)

bekannter Ursache auf dem Gehöft des in Barlubien wohnhaften Wawrzyniec Majaewski ein Brand, der die Scheune und den Stall vernichtete. Der Schaden beträgt ca. 4000 Zloty. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Verent (Roscierzyna), 15. Juli. Einbrecher drangen in den Stall des in Zawady wohnhaften Adolf Miller und entwendeten zwei Schweine von ca. 180 Kilogramm im Werte von 200 Zloty. Die Täter entkamen mit ihrer Beute unerkannt. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Wbau (Lubawa), 15. Juli. Durch Feuer eingestürzt wurden das Wohnhaus sowie der angrenzende Stall des in Niemiecki Brzoze hiesigen Kreises wohnhaften Jan Klaman. Vom lebenden Inventar sind eine Sau und vier Ferkel mitverbrannt. Der durch Versicherung gedeckte Schaden beträgt ca. 3000 Zloty. Die Entstehungsurache konnte bisher nicht ermittelt werden.

Soldau (Dzialdowo), 14. Juli. Ein Einbruchsdiebstahl wurde nachts in den Kolonialwarenladen der Frau Friederike Loewenst in Priom (Przoma) im hiesigen Kreise verübt. Die Diebe eigneten sich verschiedene Kolonialwaren an und entkamen unerkannt. Ein Unglücksfall ereignete sich in Ruffowiz (Ruffowice). Der Arbeiter Nikolaus Koszewnik fiel von einem Fuder Klee herunter und geriet unter die Räder. Das rechte Bein wurde ihm zweimal gebrochen. Der Unglückliche mußte ins hiesige Krankenhaus eingeliefert werden.

Stargard (Starogard), 15. Juli. Eine schwere Bluttat ereignete sich in Kottisch. Ein Mann namens Kuchta verfechtete dem von einem Vergnügen heimkehrenden Zypel zwei Messerstücke in den Hinterkopf. Der Zustand des Überfallenen verschlechterte sich im Laufe der Woche so, daß er am Montag, 13. d. M., verstarb. Arbeiterlose kamen am Montag in der Turnhalle zu einer Protestversammlung zusammen. Eine Abordnung begab sich zum Bürgermeister ins Rathaus. Als dieser ihnen versprach, für baldige Hilfe zu sorgen, löste sich die Versammlung auf.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

Daher der Name Feuerwehr.

Grodzisk, 15. Juli. Auf dem Anwesen des W. Grusciel in Stara-Wies bei Grodzisk brach Feuer aus, dem das Wohnhaus und die Scheune zum Opfer fielen. In der Nähe lagern die Pfadfinder löschten das Feuer. Die herbeigeeilte Feuerwehr begann, anstatt zu helfen, mit den Dorfbewohnern einen Streit, der bald in eine Schlägerei ausartete, wobei der Feuerwehrmann Rosinski dem Landwirt Jan Kusa einen tödlichen Schlag mit seiner Axt versetzte und dessen Mutter an der Hand verletzete. Rosinski wurde verhaftet. Zwei Pfadfinder erlitten bei den Rettungsarbeiten Brandwunden.

Rawa Ruska, 15. Juli. In der Nacht zum Sonntag brach in der Gemeinde Utkowet, Kreis Rawa Ruska, ein Feuer aus, das 40 Wirtschaften völlig vernichtete. Der Schaden wird auf über 100 000 Zloty geschätzt.

Wilna, 15. Juli. In der Nähe der Gemeinde Wisznieu, Kreis Wilna, stürzte ein Flugzeug des 5. Fliegerregiments in Lida aus einer Höhe von 1500 Meter ab. Der Pilot Stygura und der Beobachter Biedrylla sprangen aus einer Höhe von 200 Meter mit Fallschirmen ab. Beide wurden schwer verletzt. Der Apparat zertrümmerte völlig.

Thorn.

Hiermit gebe ich bekannt, daß ich mich nach 15jähr. Praxis im In- u. Auslande selbständig gemacht habe und im Hause Torun, Slowackiego 43, III mein Atelier für jeder Art Damen-Hüte in modernster Ausführung, eröffne. Empfehle mich besonders für diese Saison in eleg. Filz- und Samt-Hüten, sowie Umarbeitung zu billigsten Preisen bei wirklich fachgemäßer und solider Ausführung. 2890 Else Pollatz, Putzmachermeisterin, Torun, Slowackiego 43, III.

Einige gute, gebrauchte PIANOS sind wieder mit Garantie billig abzugeben. Pianofabrik 6364 B. Sommerfeld, Bydgoszcz Gdanska 27 (fr. 19), Sniadeckich 2 (fr. 56). Filiale Danzig, Hundegasse 112. Filiale Grudziadz, Groblowa 4.

Lampions Lampions Lampions Justus Wallis, Torun Papierhdlg. 6324 Szeroka 34.

Sämtl. Damen- u. Kindergarderobe wird billig, u. gut ausgef. Dortl. wird Lehrfräulein gesucht. Vom Land bevorzugt. Pension z. haben. E. Orlovski, Bydgoska 45 6879

Gofas in rot und grün Blüsch. Matragen, Chaiselongues in verich. Preis. lagen, Reparaturen u. Aufpolsterungen 528r K. Bettinger, Male Garbary 7.

Richtl. Nachrichten. Sonntag, d. 19. Juli 1931 (7. n. Trinitatis) Groß-Bösendorf, Vorm. 11 1/2 Uhr Kindergottesd. Gurske, Vorm. 10 Uhr Hauptgottesdienst. Luben, Vorm. 8 Uhr Gottesdienst.

Rentischau. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst mit Kindergottesdienst. Dittomegls. Nachm. 3 Uhr Gottesd., Pfr. Rugen. Culmsee. Vorm. 1/9 Uhr Kindergottesd., 10 Uhr Gottesd. Seglein. Nachm. 2 Uhr Gottesdienst. Gollub. Vorm. 1/11 Uhr Gottesd. Polzan. Nachm. 3 Uhr Gottesdienst.

Grudenz.

Zurückgekehrt San.-Rat Dr. Kilkowski Grudziadz, Stara 24. 6881 Erste Sprechstunde den 16. Juli 1931.

Der Buchhandlung Arnold Kriedte Mickiewicza 3 - Tel. 85 - müssen Sie Ihre Grudenz Anzeigen für die

Deutsche Rundschau aufgeben. Geschäfts-Anzeigen, Reklamen, Stellen-geluche, Privat- und Familien-Nachrichten finden hierin die größte Beachtung, weil die Deutsche Rundschau die größte deutsche Tageszeitung in Polen ist u. in allen deutschen und vielen polnischen Familien gelesen wird. Preis-Berechnung wie von der Geschäftsstelle in Bromberg. Bei wiederholten Aufnahmen Rabatt. Berlangen Sie Angebot von der Buchhandlung Arnold Kriedte.

Seidlers Wäschereelle u. 2 eiserne Patent-Kand. billig zu verkauf. Hotel Sanssouci. 6883 Bauerngenossenschaft Sp. z. o. o. Hauptgeschäft - Sepolno, Tel. 77 Lagerstelle - Wiecbork, Tel. 35 Getreide Saaten Düngemittel Futtermittel Wolle Brennmaterialien 6888

Richtl. Nachrichten. Sonntag, d. 19. Juli 1931 (7. n. Trinitatis) Evangel. Gemeinde Grudenz, Vorm. 10 Uhr Pfarr. Gottesd., 11 1/2 Uhr Kindergottesd., Montag, ab. 8 Uhr Jungmädchen-Berein Troili, Dienstag, 8 Uhr Posaunenchor, Mittwoch, 6 Uhr Bibelstunde, Donnerstag, abds. 8 Uhr Jungmänner-Berein Taufkapelle, Freitag, 4 Uhr Frauenhilfe. Stadtmusik Grudenz, Drogobowa 9-11. Vorm. 9 Uhr Morgenandacht, 6 Uhr Evangelisation, 7 Uhr Jugendbund, 1/1 Uhr Kinderstunde in Treul, 2 Uhr Andacht in Treul, 3 Uhr Mitglieberstunde in Treul, Montag, 1/8 Uhr Posaunen- und Gitarrenstunde, Dienstag, 1/8 Uhr Gesangstunde, Mittwoch, 1/8 Uhr Mitglieberstunde, Donnerstag, 1/8 Uhr Bibelstunde, Freitag, 4 Uhr Kinderstunde, 1/8 Uhr Taufkapelle, Sonnabend, 1/8 Uhr Posaunenstunde. Gruppe, Vorm. 10 Uhr Kindergottesd., 2/1 Uhr Verammlg. d. Junglinge. Dragah, Vorm. 9 Uhr Kindergottesdienst. Rikwalde, Vorm. 10 Uhr Gottesdienst. Roldten, Nachm. 2 Uhr Gottesdienst. Modrau, Freitag Abend Chor. Rehden, Vorm. 10 Uhr Gottesdienst. Sichel. Nachm. 3 Uhr Predigtgottesdienst, Pfarr. Pohl-Kenjan.

## Unsere Postabonnenten

werden gebeten, dem Briefträger, der in diesen Tagen wegen der Abonnements-Erneuerung vorbricht, den Bezugspreis für den Monat August gleich mitzugeben. Nur dann kann auf ungehörten Fortbezug der Zeitung gerechnet werden. Der Briefträger nimmt auch Neubestellungen entgegen.

\* **Podz, 14. Juli.** Betrunkener sticht zwei Menschen nieder. In die Schusterwerkstatt von Wegmann in der Bagiewnicka-Straße 9 kam ein Mann namens Josef Zolka, der früher einmal von Wegmann Arbeit erhalten hatte. Zolka, der sich in angetrunkenem Zustand befand, beklagte sich darüber, daß er keine Arbeit mehr bekomme. Dann begann er mit dem Untermieter Judka Silberstein einen Streit und verfecht diesem mehrere Messerstiche in die Schulter. Auf die Hilferufe des Überfallenen eilte die 18 Jahre alte Tochter Chana der Frau Wegmann herbei, die Zolka zurücktreiben wollte. Dieser wandte sich jetzt gegen sie und brachte ihr durch einen Messerstich eine schwere Wunde am Arm bei. Dann ergriff er die Flucht, konnte aber von einem Polizisten festgenommen werden.

\* **Lemberg (Lwów), 14. Juli.** Im Hause der Anna Kocun in Grojnice, Wojewodschaft Lemberg, brach ein Großfeuer aus, das innerhalb einer halben Stunde 42 Gebäude umfaßte. 19 Wirtschaften wurden vernichtet. Der Schaden beträgt annähernd 70 000 Floty. Die kranke 52jährige Marja Podzjo konnte sich nicht mehr retten und verbrannte.

## Aus den deutschen Nachbargebieten.

\* **Hohenstein, 14. Juli.** Tod durch Insektenstich. Die 61jährige Witwe Hulda Thews wurde an der Spitze von einer Fliege gestochen. Es trat Blutvergiftung ein, die den Tod zur Folge hatte.

\* **Allenstein, 14. Juli.** Am Sonnabend abend zerklügelte Straßengefangene im Allensteiner Gerichtsgefängnis die Einrichtungsgegenstände der Zellen und versuchten, die Flucht zu ergreifen. Die Polizei wurde alarmiert und stellte in kurzer Zeit die Ruhe wieder her.

## Vergrößerung des Kreises Tuchel?

Aus Tuchel wird dem „Stowo Pomorskie“ geschrieben: Um die Existenz des Kreises Tuchel, der etwa 30 000 Einwohner zählt, sicherzustellen, und die Finanzwirtschaft der Kreisverwaltung zu verbessern, ist hier der Plan aufgetaucht, einige Gemeinden aus dem benachbarten Kreise Schwes dem Kreise Tuchel einzuverleiben. Es handelt sich um die Dörfer Linsk, Deutsch-Dronin, Lubau, Blondzmin, Muzk, Schellenschin, Suchom, Zielonka, Stroe, Ludwigsthal, Trzebciny, Lubtowo, sowie um die Gutsverwaltungen Trzebciny und Johannisthal.

Diese Dörfer sind weit von der Kreisstadt Schwes entfernt und besitzen auch keinen bequemen Verkehr. Die Dörfer Linsk und Deutsch-Dronin, die an der Chaussee Tuchel-Groß-Schliewitz liegen, haben zwar einen bequemen Eisenbahnverkehr nach Schwes, sind aber von der Eisenbahnstation weit entfernt, während durch diese Dörfer ein Autobus von Groß-Schliewitz nach Tuchel verkehrt. Abgesehen aber von dem Autobus-Verkehr muß betont werden, daß die erwähnten Dörfer des Kreises Schwes wie das große Dorf Groß-Schliewitz und die benachbarten Dörfer des Tucheler Kreises einen viel bequemeren Eisenbahnverkehr nach Schwes als nach Tuchel haben, wofür man über Laszkowicz bzw. Gersk-Konitz oder auf einem bedeutenden Umwege fahren muß.

Was die Dörfer Blondzmin, Muzk, Schellenschin, Suchom, Zielonka, Stroe, Ludwigsthal, Trzebciny und

Johannisthal anbelangt, die an der Eisenbahnlinie Laszkowicz-Konitz liegen, so haben sie einen sehr bequemen Eisenbahnverkehr nach Tuchel, einen viel schlechteren aber nach Schwes, wofür man über Laszkowicz-Terespol fahren muß. Für den Anschluß der Gemeinden Lubau und Lubtowo spricht die nicht große Entfernung von Tuchel, die kaum 20 Kilometer beträgt. In bezug auf den Eisenbahnverkehr erfreuen sich die an der Linie Prust-Bagnitz-Terespol gelegenen Dörfer einer viel bequemeren Verbindung mit Schwes als mit Tuchel, da man auf dem Umwege über Prust-Bagnitz fahren muß, um dorthin zu gelangen.

Der Kreistag des Kreises Tuchel hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem Anschluß dieser Gemeinden des Kreises Schwes an den Kreis Tuchel einverstanden erklärt, jedoch unter der Bedingung, daß auch die Gemeinde Lubtowo dem Tucheler Kreise einverleibt wird. Die Verwirklichung des Beschlusses des Kreistages hängt von der Entscheidung des Ministerrats ab.

## Rundschau des Staatsbürgers.

### Das deutsch-polnische Versicherungsabkommen.

Das am 11. Juni d. J. in Berlin unterzeichnete deutsch-polnische Versicherungsabkommen bringt die Aufhebung der bisher bestehenden Benachteiligung auf dem Gebiete der sozialen Versicherungen, die für jene Arbeiter bestehen, die von einem Staatsgebiet in das andere ziehen. Da bis dahin zwischen Deutschland und Polen die Versicherungsverhältnisse nicht geregelt waren, hatten die polnischen Arbeiter in Deutschland (abgesehen von den Saisonarbeitern, für die am 24. November 1927 ein besonderes Abkommen abgeschlossen wurde), bei ihrer Rückkehr nach Polen keine Ansprüche auf Leistungen aus der deutschen Versicherung. Der Arbeiter also, der lange Jahre hindurch oft hohe Beiträge in Deutschland zahlen mußte, verlor mit dem Augenblick, da er als Invalide wieder heimkehrte, damit den Anspruch auf Rente und war zur Armut verurteilt. Den gleichen Verlust erlitt der Arbeiter, der in Polen seine Versicherungsbeiträge zahlte und dann nach Deutschland verzog. Denn nach dem Ausschreiben aus der Rentenversicherung (wie aus den Versicherungen für Invalidität, geistige Arbeiter, Bergleute) wird sowohl in Polen wie auch in Deutschland gefordert, daß über der zulässigen Zeitabschnitt hinaus besondere Beiträge oder auch besondere Anerkennungsgeldern gezahlt werden müssen, um die vorher erworbenen Ansprüche zu bewahren. Da die Zahlung dieser Beiträge für den Arbeiter mit großen Schwierigkeiten finanzieller und formeller Natur verbunden war, verloren in den meisten Fällen die Arbeiter ihre Ansprüche. Es kamen Fälle vor, daß ein Arbeiter, der 20 Jahre lang die Beiträge in Polen und Deutschland gezahlt hatte, keinen Anspruch auf irgend eine Rente hatte.

Das Abkommen vom 11. Juni d. J. regelt diesen anormalen Zustand. Auf Grund des Abkommens werden die versicherten Staatsangehörigen der beiden Staaten in ihren Ansprüchen auf Leistungen aus der Rentenversicherung vollkommen gleichgestellt. Der Aufenthalt außerhalb der Grenze des Staates, in welchem der Arbeiter das Recht auf eine Rente erworben hat, kann nicht weiter ein Grund zur Aussetzung der Rente sein. Außerdem ist man in dem Abkommen dahin übereingekommen, daß die in einem Staate zugebrachten Zeitabschnitte der Rentenversicherung durch den zweiten Staat für die Wartezeit zur Erlangung der Leistungen angerechnet werden. Nach dem Inkrafttreten des Abkommens, das nach seiner Ratifizierung durch die gesetzgebenden Körperschaften erfolgen soll, verliert der polnische Arbeiter, der nach einer gewissen Zeit aus Deutschland nach Polen zurückkehrt, wie auch der deutsche Arbeiter nach seiner Rückkehr in das Reichsgebiet keinen seiner Ansprüche auf dem Gebiete der Invalidenversicherung, der Unfallversicherung usw. Hat der Versicherte einen Teil der Ansprüche in Deutschland, den übrigen Teil in Polen erworben, so zählen beide Staaten die Rente in proportionalem Verhältnis zu den Arbeitsjahren aus. Was die Ansprüche der Versicherten anbelangt, die diese bis zum

Inkrafttreten des Abkommens verloren haben, so sieht das Abkommen während ihres Aufenthaltes auf dem Gebiete eines der beiden Staaten das volle Wiederanleben dieser Ansprüche ohne jegliche Gebühren vor.

Die Auszahlung der Renten beginnt mit dem Augenblick des Inkrafttretens des Abkommens, mit dem Vorbehalt, daß die Bergleute und Optanten die Renten für die Zeit vom 1. Juli d. J., alle anderen vom 1. Oktober d. J. an erhalten werden. Die Verhandlungen, die dem Abschluß dieses Abkommens vorangegangen waren, dauerten mit Unterbrechungen sechs Jahre lang. Das Abkommen sieht vor, daß im Falle seiner Kündigung die versicherten Emigranten und Immigranten auf Lebenszeit die volle Rente erhalten werden, sofern sie den Anspruch darauf während des Bestehens des gegenwärtigen Abkommens erworben haben. Die übrigen Versicherten werden die volle Rente zwei Jahre lang, dann aber die Hälfte der ihnen zustehenden Renten beziehen.

### Das Vorrecht der Umsatzsteuer.

Nach Art. 92 des staatlichen Gewerbesteuer-Gesetzes (Umsatzsteuer) genießt diese Steuer das gesetzliche Vorrecht der Befriedigung „aus dem ganzen beweglichen Vermögen, das zu dem von dieser Steuer befallenen Unternehmen gehört“.

Allgemein dürfte diese Vorschrift dahin verstanden werden, daß die Bezeichnung „zum Unternehmen gehört“ so zu deuten ist, als ob es „Eigentum des Unternehmens ist“. Es ist nicht anzunehmen, daß es in der Absicht des Gesetzgebers lag, daß eine Uhr z. B., die man zur Reparatur oder ein Bild, welches man einem Antiquitätenhändler zum Kommissionsverkauf gibt, dem Exekutions-Privileg des Staatsschatzes unterliegt, weil dieser irgendwelche Umsatzsteuerforderungen dem betreffenden Uhrmachermeister bezim. Antiquitätenhändler gegenüber hat.

Das Finanzministerium stand anfänglich auf dem Standpunkt, daß der Ausdruck „gehört“ keineswegs als „Eigentum“ zu deuten ist. Das höchste Gericht hat in seinem Gutachten vom 9. April 1929 den Standpunkt der Finanzbehörden geteilt und hat dadurch berechtigtes Aufsehen erregt.

In Handels- und Gewerbekreisen ist dadurch eine nicht geringe Verwirrung entstanden. Auslandsfirmen, die von diesem Gutachten erfuhrten, kündigten den polnischen Firmen vielfach das Kommissionsrecht und übten eine weitgehende Vorsicht beim Verkauf von Waren an polnische Unternehmen, verkauften nur bei ausdrücklichem Eigentumsvorbehalt, da sie durchaus richtig befürchteten, daß das Urteil des höchsten Gerichtes alle Ansprüche annullieren könnte, welche ihnen aus dem Eigentumsrecht zustehen.

In dieser Angelegenheit hat die Warschauer Industrie- und Handelskammer beim Finanzminister interveniert, woraufhin das Ministerium in einem Schreiben vom 4. 12. 1930 folgendes dokumentierte: „Das Finanzministerium interpretiert den fraglichen Artikel des Gesetzes dahin, daß die staatliche Umsatzsteuer das Vorrecht der Befriedigung aus dem ganzen beweglichen Vermögen genießt, das zum Unternehmen gehört, sofern dieses Vermögen Eigentum des Steuerzahlers ist“.

Am 4. Februar d. J. hat das höchste Gericht wieder den ursprünglichen Standpunkt eingenommen. Es ging darum, festzustellen, ob das Vorrecht der Umsatzsteuer sich auf solche Gegenstände erstreckt, welche durch den Verkäufer gegen Ratenzahlungen bei Eigentumsvorbehalt verkauft wurden. Das höchste Gericht hat die Frage bejaht, indem es von folgendem Standpunkt ausging: „Der Gesetzgeber hat, um den Einzug der Umsatzsteuer zu erleichtern und ihn von eventuellen Ansprüchen dritter Personen unabhängig zu machen, den Zwangseinzug von Rückständen bei sämtlichen Mobilien als statthaft gefunden, die zum Unternehmen gehören, also bei allen Mobilien, welche im Einklang stehen mit dem wirtschaftlichen Begriff des Wortes „gehören“ und zwar in Verbindung mit dem fraglichen Unternehmen ohne Rücksicht darauf, ob und welche Rechte auf diese Gegenstände dritten Personen zustehen“.

Die rechtliche Stellungnahme dieses Gutachtens dürfte im Gesetz keine Grundlage finden. Wir hegen zugleich die Hoffnung, daß das Finanzministerium seinen rechtlich und wirtschaftlich begründeten Standpunkt nicht ändern wird.

## Englische Staatsmänner

reisen nach Berlin.

Von Dr. Karl Megerle.

### Jos. Ramsay Macdonald.

In einer Fischerhütte zu Bostlemouth im nördlichen Schottland wurde er geboren und schon am allerersten Anfang seines Lebens hatte das Schicksal seine Hand im Spiel. Denn es steckte ihn zwar in Armut und schien einen Proletarier aus ihm machen zu wollen, da seine Mutter und Großmutter, arme Fischerleute wie manche dort oben, ihm nichts mitgeben konnten, so daß alles, was Macdonald wurde und ist, sein eigenes Werk, sein persönliches Verdienst ist, wenn man es nur von außen betrachtet. Aber dasselbe Schicksal hatte ihm auch einen schottischen Adligen zum heimlichen Vater gegeben, und damit trug er in seinem Blut den Mut, die Kraft, die Klugheit, den Feuergeist der schottischen Ritter und Herren, die durch ihre Sippen einst das Land beherrschten. Er hätte, mit seiner Herkunft habend, nun ein Leben voll heimlichen Ressentiments und Hasses gegen die Herrenschicht führen können, der er zwar durchs Blut verhaftet, aber von der er auch durch die Wiege, in die er zu liegen kam, getrennt war. Er hat mit dem Herrerebene gewuchert und ihm seinen Weg gelassen. Und dieser Weg führte, wenn auch auf weiten Umwegen, zur Macht. Heute ist Macdonald der nächste Mann am englischen Königsthron, und wieder regt sich in ihm das Blut, wenn er Pracht, Würde, Stolz, Repräsentation und jenes Gefühl liebt, das ein Leben in der Essenzlichkeit gewährt. Aus der Fischerhütte stammt auf der anderen Seite die Verschlossenheit und das Grübeln, das Nachsinnen und die Erkenntnis von der Härte und dem Ernst des Lebens, auch die Liebe zur schottischen Heimat, zu eben dem einsamen und armen Bostlemouth, wo er der alten Mutter ein Haus gebaut hat, und wofür er, so oft Amt und Zeit es erlauben, ganz unromantisch mit dem Flugzeug eilt, um an der Stätte seiner Kindheit Erholung zu suchen. Macdonald ist nun 65 Jahre alt; das Haar weiß, aber noch voll. Ein ernstes, ein wenig grüblerisches, verschlossenes Gesicht. Ab-

seits von den regelmäßigen Wegen der Bildung hat er sich Wissen, Können und Erkennen erworben. Sein täglich Brot war lange Zeit karg und hart. In einsamer, zäher Arbeit wurde er ein „Intellektueller“. Er stieg nicht über die Treppen hinaus, die die Gewerkschaften zu bieten pflegen, und so ist er nie in Verbindung geraten, ein Bonze zu werden. Er soll eine heimliche Liebe zur Naturwissenschaft gehabt haben. Aber bald zog es ihn zur Politik und Journalistik, und es war verständlich, daß er den Weg zum Sozialismus fand. Freilich nicht zum Marxismus. Denn Macdonalds Sozialismus ist kein Dogma und kein Programm, sondern eine seelische Haltung, eine Gesinnung, die sich aufs Beste mit der Alltagspraxis verträgt. Mit 30 Jahren kommt Glück und Sonne in das Leben dieses Einsamen: er heiratet Margarete Gladstone, eine Verwandte des großen Premiers Gladstone und des reichen Lords Kelvin. Sie brachte ihm nicht nur Vermögen und Ansehen, sondern vor allem ein tiefes Glück ins Leben, das ihn so erfüllte, daß er, als sie ihm 1911 wieder genommen wurde, mit ihr auch sein Lebensglück begrub. „Bei ihr Zuflucht zu suchen in Not und Sturm, war, als ob man in einen geschützten Hafen kam, wo die Wogen beruhigt waren und wo sich der Himmel in seinem glatten Wasser spiegelte“, schrieb er nach ihrem Tode. Im gleichen Jahre verlor er einen Sohn und seine alte Mutter, so daß ihm heute nur noch ein Sohn und seine Tochter Isabel, die aufs reizendste die Honneurs im Hause des britischen Ministerpräsidenten zu machen pflegt, zur Seite gehen. Sein Sohn sitzt als Labourabgeordneter ebenfalls im Unterhaus.

Ein tiefes Gottvertrauen und eine erlebte Religiosität haben ihm die harten Lebensschicksale tragen helfen. Er ist nicht das, was man in Deutschland einen religiösen Sozialisten nennen würde. Sein Gottesglauben ist persönlicher und nicht auf dem Umweg übers Soziale erreicht. Seine Wurzeln stecken im frommen, ernsten Schottentum, das ihn nie verlassen hat. Er gehört zu den wenigen, die sich nicht der englischen Kriegspychose beugen. Er hat gegen die allgemeine Wehrpflicht gestimmt, hat sich leidenschaftlich gegen die Verbeugung der Völker, gegen die Schmähung des Gegners gewandt.

Er mußte deshalb buchstäblich vor der Volksmüt flüchten und war wie ein Geächteter. Bei den Wahlen von 1918, den Rhafinwahlen Lloyd Georges, fiel er durch, 1921 noch einmal und es schien, als wollte die Arbeiterpartei ihren alten Generalsekretär und Führer verleugnen. Er war in Gewerkschaftskreisen als Intellektueller nicht immer angenehm. Aber sein natürliches Führertum war auf die Dauer doch so unbestritten, daß ihn die Partei, als er 1922 wieder ins Unterhaus zurückkehrte, aufs neue zu ihrem Führer wählte, der sie 1924 zum ersten und 1929 zum zweiten Wahlsieger führte. Ihm aber verlieh damit sein Weg nach St. James, an die Seite des Königs, dem er, der Sozialist, der Arbeiterführer, der Sprößling des schottischen Adligen und der Fischerstochter, mit Würde, Geschick und Loyalität dient. Deutschland kennt er längst, und aus den verschiedensten Zeiten. Unvergessen waren ihm die Anblicke des Elends und der Not, die er gleich nach dem Kriege und in der Inflation in Berlin zu sehen bekam. Wenn er nun als verantwortlicher Leiter der englischen Politik und als erster Ratgeber der britischen Krone nach Berlin kommt, so kommt ein Mann, der wohl geeignet ist, mit eigenen Augen zu sehen, mit einem aufgeschlossenen Sinn und offenem Gemüt das neue Deutschland auf sich wirken zu lassen. Sein grüblerischer, philosophischer Geist macht ihn dem deutschen Wesen verwandter, als dem gesunden Menschenverstand und dem naiven Wirklichkeitsinn des Durchschnittsengländer sonst gegeben ist. Und vergessen wir nicht: zwar gehört zu ihm auch heute noch der Volkstod als echt englisches Sportinstrument, aber er liebt auch den Wanderstab, die Bergstiefel und — den deutschen Rucksack — ein Ding, früher drüben leicht bespöttelt, heute im Begriff, Mode zu werden. Macdonald aber hing er schon immer zur Hand.

### Arthur Henderson.

Seine Freunde und der Volksmund nennen ihn Dunkel Arthur. Und man könnte ihn, wäre er ein wenig beweglicher und heiterer, mit Würde eine Sommerweste nennen, denn das Behäbige, Ruhige, Unnervöse

## Die „privilegierte“ deutsche Minderheit.

In der Rede, die der Wojewode von Pommerellen, Lamot, auf der am 4. d. M. in Thorn abgehaltenen Tagung der polnischen Regionäre gehalten hat, und in der er scharfe Worte an die katholische Geistlichkeit richtete, widmete der Wojewode auch dem Problem der nationalen Minderheiten einen längeren Abschnitt, den wir unseren Lesern zur Charakterisierung der Einstellung des obersten Beamten der Wojewodschaft Pommerellen der deutschen Minderheit gegenüber nicht vorenthalten wollen. Herr Lamot sagte dem in Thorn erscheinenden Sanierungsblatt, dem „Dzienn Pomorski“ zufolge etwa folgendes:

„Zweifellos das wichtigste Problem auf unserem Gebiet ist das Problem unseres Verhältnisses zu den Nationalen Minderheiten. Ich glaube aber nicht, daß ich euch Kollegen viel darüber sagen könnte, da ich fürchte, daß der Wojewode einem Korporal nicht gestatten wird, lange bei diesem Thema zu verweilen. (Einleitend hatte der Wojewode betont, daß er hier als früherer Korporal der Regionär-Mannen spreche. Die Red.) Ich möchte mich daher auf die Feststellung des Standes beschränken, den ich bei meinem Amtsantritt auf diesem Gebiet angetroffen habe.

Ich bin nicht minder als mein Vorgesetzter, der Herr General, liberal und tolerant gegenüber den nationalen Minderheiten gestimmt, aber nach einleitender Durchsicht der Lebensbedingungen in Pommerellen konnte ich die besondere Privilegierung der deutschen Bevölkerung hier nicht verstehen und zwar nicht allein derjenigen, die ein loyales Verhältnis zum polnischen Staate bewahrt und zu unterhalten wünscht, sondern auch gegenüber den Individuen, die sich dieser Mühe durchaus nicht unterzogen haben. Ich habe z. B. die in deutschen Händen befindlichen Konfessionen geprüft. Der Konfession ist bekanntlich in einem gewissen Maße ein Gnadenakt des Staates, für den man sich doch durch irgend etwas verdient gemacht haben muß. Ich habe mich davon überzeugt, daß, trotzdem es in Pommerellen 11,8 Prozent deutscher Bevölkerung gibt, im Besitz der Deutschen der dritte Teil aller Konfessionen war, und die Konfessionen waren oft Mitglieder und Vertrauensmänner von Organisationen, die eine ausgesprochen antistaatliche Einstellung hatten.

Ich interessierte mich für das Problem der Ausfuhr des Gesezes über die Agrarreform. Ich ließ mir statistisches Material geben, und es stellte sich heraus, daß man über 40 000 Hektar polnische Staatsflächen, etwa 6000 Hektar polnischer Privatobjekte und buchstäblich 900 Hektar Landflächen parzelliert hat, die sich im deutschen Besitz befunden haben. Das Gesez über die Agrarreform ist bekanntlich ein Gesez, das im ganzen polnischen Staate alle Bürger verpflichtet, und das ausgesprochen soziale und wirtschaftliche Ziele, nicht aber politische oder nationale hat. Aber fürwahr, schwer verständlich war mir dieses besondere Verhältnis zu den Bürgern des polnischen Staates deutscher Nationalität, das es ihnen ermöglichte, die Pflicht gegenüber dem Staate gleich mit anderen Bürgern auszuüben, besonders auf dem Gebiet, wo der deutsche Landbesitz ein so bedeutendes Übergewicht hat. Als praktisches Ergebnis dieses Staumens können Sie, meine Herren, hunderte von neu erstandenen bereits bewohnten Siedlungen auf den aus dem Zwangsankauf hervorgegangenen Gebieten sehen, und es ist festzustellen, daß die aus deutschen Händen gekauften Objekte nur einen geringen, unbedeutenden und minimalen Prozentsatz der aus polnischen Händen in ganz (!) Polen übernommen und parzellierten Landflächen bilden.

Nicht ich allein wunderte mich über diese besondere Privilegierung der deutschen Minderheit, sondern es wunderte sich auch über diese polnische Verfahrensweise der sehr liberale englische Publizist Augur, der seinem unbeschreiblichen Erstaunen bei dem Besuch Pommerellens Ausdruck gab, daß in einer Schule ein deutscher Lehrer polnischen Kindern Unterricht in der polnischen Geschichte erteilt hat. Der offenerzige Engländer wunderte sich über dieses — beläufig gesagt — Übermaß an polnischem Liberalismus; denn er wußte nicht, daß diejenigen, die bis jetzt in Pommerellen das Ruder der Regierungen und der Seelen innehatten, zu sehr mit dem Kampf mit der

eigenen polnischen Regierung beschäftigt waren, als daß sie auf solche Kleinigkeiten hätten acht geben können.“

Wenn der Herr Wojewode von dem zitierten polnischen Regierungsblatt wirklich richtig verstanden wurde, dann hat sich Herr Lamot in seiner Rede vor den Regionären einen „Witz“ erlaubt. Wenn seine angeblichen Worte mit ihrer Umkehrung aller Dinge nicht bald demontiert werden, dann bleiben wir dem Herrn Wojewoden die Antwort nicht schuldig. Die Angaben des „Dzienn Polski“ über unsere Lage sind bekanntlich ebenso eine Legende, wie die Behauptung, daß Herr „Augur“ ein „liberaler Engländer“ sei. Dieser französisch-polnische Propagandist ist seiner Stammeszugehörigkeit nach ein aus Rußland gebürtiger Jude, namens Wolskoff. Der Mann hat nachweisbar schon oft geschwindelt.

## Der „Drang nach dem Osten“.

Eine nationale polnische Rundgebung,

die dem Jahrestage der Volksabstimmung in Ermland, Masuren und dem Weichselgebiet galt, hat am Sonntag in Graudenz stattgefunden. Von dem auf dem Marktplatz stehenden Denkmal sprach mittags zu den dort in mäßiger Zahl versammelten, mit Fahnen erschienenen Delegationen der Vereine usw. zunächst Stadtrat Lipowski, sodann ein Vertreter des Sozial und schließlich im Namen der Vereinigung der Landknechte aus Ermland, Masuren und dem Marienburger Gebiet der ehemalige Volksabstimmungskommissar Drowicki aus Marienwerder. In der Ansprache wurde unter dem Hinweis auf die angeblich nicht korrekt vorgenommene Volksabstimmung der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese Gebiete doch schließlich mit Polen vereinigt werden würden. Allerdings solle diese Vereinigung, wie der letzte Redner sagte, nicht mit der Waffe in der Hand, sondern auf legalem Wege erfolgen. Nach dieser kurzen, etwa einhalbstündigen Demonstration bildete sich ein Zug, der unter Vorantritt einer Musikkapelle zum Stadttheater marschierte, wo die Hauptversammlung der genannten Vereinigung, sowie eine Akademie stattfand, wobei der seinerzeitige Plebiszit-Agitor und damalige Redakteur der „Gazeta Wladycka“ L. Lybko einen Vortrag über die Befreiung Ermlands, des Weichsellandes und Masurens hielt.

Nach Berichten der polnischen Presse haben an der Veranstaltung auch Gäste von jenseits der Grenze, also aus Deutschland, teilgenommen. Im „Goniec Radwiskanski“ war in einem Begrüßungsartikel der Sonntagsnummer die Zahl der polnischen Landknechte aus Ermland, dem Weichsellande und Masuren, die zu der Manifestation erscheinen würden, auf etliche Hundert angekündigt worden. Dies stellte sich nun freilich als stark übertrieben heraus.

## Die harte ukrainische Aush.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 13. Juli. Die Regierungsstellen und die Kreise des Regierungslagers, welche für die ukrainische Frage zuständig sind, erwägen — wie von informierter Seite verlautet — den Plan einer offiziellen Rundgebung, die noch vor der Ernennung eines neuen Lemberger Wojewoden an die Ukrainer zu richten wäre. In dieser Rundgebung soll den Ukrainern gesagt werden, daß die Bemühungen der Regierung, mit den ukrainischen Führern eine Verständigung zu erzielen, selbstredend durch deren Schuld zu keinem Resultat geführt hätten, und daß daher eine direkte Verständigung mit dem ukrainischen Volke über die Hauptrolle seiner Führer hinweg angestrebt werden müsse. Erst nach diesem Appell an die ukrainische Bevölkerung soll die Ernennung des Lemberger Wojewoden erfolgen.

Unter Teilnahme des neuen Wojewoden wird dann ein umfassendes Programm einer besonderen wirtschaftlichen und Sozialpolitik gegenüber der ukrainischen Bevölkerung ausgearbeitet werden. Die ganze Angelegenheit ist aber — wie gesagt — bis jetzt noch im Stadium der Diskussion. (In dem sie schon so oft gewesen ist!)

spricht schon aus seiner gedrungenen, untersehten Gestalt, der man heute noch große Körperkräfte nachsagt. Henderson hat bis zum 30. Jahre als Eisenstecher am Feuer gestanden. Wie Macdonald ein Selbstmörder, aber aufgestiegen auf der Jakobskleiter der Gewerkschaften und der Parteihierarchie. Auch er ein Schotte, aber aus dem geschäftigen Glasgow, und heute hoch in den Sechzigern. Zwei Söhne folgen ihm in der politischen Karriere. Er gehörte mit zu den Parteihäuptern, denen im Falle des Sieges die Ehrenstellen zufallen. Als der eigentliche Erbauer und Manager des großen Parteiapparates ist er heute noch in dieser Beziehung unentbehrlich. Er weiß, was er will, ist unkompliziert, mit einem ausgesprochen englischen common sense bis zur Phantasielosigkeit begabt, so daß ihn unfreundliche Kritiker nicht nur für, sondern auch saturiert nennen, wie es im Deutschen im Sinne von Bonaventura gemeint ist. Er ist weder für komplizierte noch problematische. Er liebt Dinge und Lagen, die Hand und Fuß haben, und mitunter ist schlecht mit ihm kirchen essen. Es paßt zu ihm, daß er Abstinenzler und strenger Methodist ist. Seine Frömmigkeit ist aufrichtig und seine Friedensliebe echt. Aber es liegt ihm nicht, sich in die tieferen Hintergründe der Ereignisse und Dinge einzubeden oder neuen Lebensgesetzen nachzuspüren. Hierin ist er von Macdonald grundverschieden. Daher hat er auch nicht eine neue Konzeption der englischen Politik mit ins Amt gebracht. Im Wesentlichen hat er sich der Begriffs- und Gefühlswelt, so wie den alten Geleisen der zünftigen englischen Diplomatie des Foreign Office überlassen. Man hatte von seinem kräftigen Willen und seiner geraden Art erwartet, er werde England gegenüber der französischen Kleinlichkeit und Anmaßung besser durchsetzen und von der Abhängigkeit befreien, in die Chamberlain es gebracht hatte, aber nach einem kurzen Anlauf zur Selbstständigkeit fiel alles in die alten Geleise zurück. Sollte Onkel Arthur doch zu saturiert sein?

Während Macdonald unter dem Krieg litt und sein Ansehen nicht vor dem chauvinistischen Pöbel beugte, trat Henderson schon 1915 in das Kriegskabinett ein und war der Englischen Regierung als Verbindungsmann zur

Arbeiterschaft ungeheuer wertvoll. 1916 wurde er Minister ohne Portfeuille in Lloyd Georges Diktaturkabinett und setzte sich für die allgemeine Wehrpflicht ein. Als 1917 in Rußland der Sozialist Kerenski ans Ruder kam, sandte man Henderson mit dem Auftrag nach Petersburg, Kerenski zum Weiterkämpfen gegen die Mittelmächte anzuspornen. Wegen des internationalen Sozialistenkongresses, der damals in Stockholm zusammentreten sollte, entzweite er sich mit seinen Ministerkollegen und fand eines Tages seinen Ministerstuhl vor die Tür gesetzt. Erst unter Macdonald kehrte er als Innenminister ins Kabinett zurück und als 1929 Macdonald seine zweite Regierung bildete, fiel ihm das Auswärtige, nach dem er sehr gestrebt hatte, leicht zu. In Paris fürchtete man zuerst seine Geradsicht und Rücksichtslosigkeit; aber man konnte bald befriedigt feststellen, daß Herr Henderson beinahe ebenso viel Verständnis und Geduld mit Frankreich bewies wie Sir Austen Chamberlain. Die großen Entschlüsse und außenpolitischen Richtlinien behielt sich Macdonald vor. Die Flottenkonferenz, die Lösung der ägyptischen und indischen Frage paktete Macdonald selbst an. Heute sucht Henderson einen persönlichen Erfolg in der Abrüstungskonferenz. Wenn er seine Robustheit gegen die wirklichen Gegner der Abrüstung einsetzen würde, wäre ihm niemand dankbarer als Deutschland, das er nun zum ersten Male besuchen wird. Er kommt in einer der besten aber auch interessantesten Perioden nach Berlin. Vielleicht sieht er mit seinem gesunden Menschenverstand Deutschland diesmal anders, als er es in Genf und Paris durch die Brille Briand's zu sehen bekam. Man erzählt sich von ihm, er habe einmal, als man ihn von einer Parteiführung ausgeholfen hatte, kurzerhand mit seinen Schmiedesäusen die Türe zertrümmert. Wäre er nicht zu saturiert, könnte man sich denken, er würde eines Tages doch die Geduld verlieren und eine gewisse Tür, die Europa in die muffige Verfallener Luft einperret, aufreißen. Aber so sieht Onkel Arthur leider nicht mehr aus.

über die Besetzung des Lemberger Wojewodenpostens sind unlängst einige neue Versionen verbreitet worden. Hartnäckig wiederholt sich u. a. das Gerücht, daß der ehemalige Postminister Niedziński Chancen habe, diesen Posten zu erhalten.

## Wer hindert die Versöhnung?

Im Zusammenhange mit dem Rücktritt des Generals Skawoj-Skladkowski von dem Posten des Innenministers sowie dem Rücktritt des Lemberger Wojewoden Makoncziukoff waren in gewissen Warschauer politischen Kreisen Gerüchte aufgetaucht, daß diese Demissionen erfolgt seien, um den Ukrainern die personellen Argumente bei der Diskussion über ihre Beschwerden im Völkerbund aus der Hand zu schlagen. Dem gegenüber behauptet die „Naczepopolita“, daß dieses Motiv unbegründet sei, da zu einer solchen Analyse das sachliche Material fehle. „Es scheint jedoch“, so heißt es in dem Blatte weiter, „daß wir der Wahrheit näherkommen werden, wenn wir die Frage auf innerpolitischem Hintergrund behandeln. Tatsache ist, daß schon vor einigen Monaten vertrauliche Gespräche zwischen hervorragenden Politikern aus dem unparteilichen Block einerseits und den Leitern der Undo andererseits begonnen und in der letzten Zeit ziemlich lebhaft fortgesetzt wurden. Es kürzteren sogar Gerüchte (die sogar in der Auslandspresse Ausdruck gefunden haben), von der Absicht, ein besonderes Unterstaatssekretariat für Minderheitenfragen zu schaffen. Ursprünglich nannte man als Kandidaten für dieses Amt den Abgeordneten Holowko, jetzt wurde ein Gerücht in Umlauf gesetzt, daß diese Frage mit dem Namen des Herrn Makoncziukoff in Zusammenhang zu bringen sei. Schließlich wurde als ernstester Kandidat für den Posten des Lemberger Wojewoden Herr Jozewski genannt, der aus seiner versöhnlichen politischen Linie gegenüber den Ukrainern bekannt und in dieser Beziehung gewissermaßen eine Antithese des Herrn Skladkowski ist.“

Die „Naczepopolita“ erkennt im Grundsatze die Billigkeit der Bemühungen an, die darauf abzielen, die politischen Verhältnisse in Ostgalizien zu ordnen, legt sich aber die Frage vor, ob die abermalige und bereits definitive Wahl des versöhnlichen Kurzes der richtige Ausweg und vor allem ein dauernder Ausweg aus den Schwierigkeiten sein werde. Eine Antwort auf diese Frage sucht die „Naczepopolita“ in den bisher in dieser Beziehung gemachten Erfahrungen:

„Wie in den nordöstlichen Gebieten der Kurl für Weißrußland, den man in den ersten Jahren der polnischen Staatlichkeit geradezu mit Gewalt in die Bevölkerung einimpfte, schließlich dazu führte, daß zur stärksten politischen, wehrussischen Richtung der maskierte Kommunismus der Promada und der „Kuriki“ wurde, so wurden auch in Galizien alle zugunsten der ukrainischen nationalen Idee gemachten Zugeständnisse ständig als ein Beweis der Schwäche Polens diskontiert und sie führten, statt zur normalen Gestaltung derer Verhältnisse zu führen, nur immer mehr die irredentistischen Strömungen. Die Sabotage des vergangenen Jahres war eine drohende Erscheinung der Wahrheit, aus der wir eine dauernde Lehre für die Zukunft ziehen müßten.“

Die Frage, ob Polen aus dieser Lehre in gehörigem Maße Nutzen gezogen hat, beantwortet die „Naczepopolita“ folgendermaßen: „Die Gerüchte über die polnisch-ukrainischen Pläne sind besonders, wenn wir sie mit den vorbereiteten Reformen in der Verwaltung (Aufhebung der Wojewodschaften Stanislaw und Tarnopol) in Zusammenhang bringen, und uns erinnern, was in Galizien seit dem Jahre 1919 vorging und vorgeht, in dieser Beziehung nicht beruhigend. Denn es besteht eine Kraft, die leider die ganze Zeit hindurch nicht gehörig eingeschätzt wurde, und deren Teilnahme an der Lösung des galizischen Knotens nicht allein bedeutungsvoll, sondern direkt entscheidend ist. Diese Kraft ist das örtliche polnische Element.“ Der „Kurjer Warszawski“ bemerkt dazu, daß die Stärkung dieses Elements zweifellos den richtigen Ausgangspunkt für die Aktion bilden werde, die das Ziel verfolge, die politischen Verhältnisse in Ostgalizien zu ordnen.

Auch der der Regierung nahestehende „Kurjer Polski“ befaßt sich in einem Leitartikel mit der ukrainischen Frage und kommt zu der Feststellung, daß gerade der gegenwärtige Augenblick zu Verhandlungen zwischen der polnischen und der ukrainischen Volksgemeinschaft besonders geeignet wäre. Die Verhandlungen müssen allerdings, so heißt es in dem Blatte, damit beginnen, daß die Vertreter der beiden Volksorganisationen zusammentreten, bevor die offiziellen Faktoren das Wort ergreifen. Aber gerade von dem Standpunkt der beiden Volksgemeinschaften werde ungeheuer viel abhängen. Die ukrainische Frage könne nicht am grünen Tisch der Minister in Warschau erledigt werden. Ihre Erledigung habe bisher darunter gelitten, daß sich Leute von Amt wegen damit beschäftigt haben, die keine genügende Einsicht in das Wesen der Frage selbst hatten, und verschiedenen Suggestionen bzw. Einflüssen entweder extrem nationalistischer oder extrem liberaler Doktrinen unterlagen. Eine Ungerechtigkeit wäre es, zu behaupten, daß man zur Zeit der Nach-Mai-Regierungen den Posten des Lemberger Wojewoden nicht entsprechend besetzt habe. Sowohl der Wojewode Borowski als auch der Wojewode Goluchowski stammten aus Galizien, kannten die Verhältnisse genau, und es habe ihnen nicht am Willen zur Arbeit und am guten Willen gefehlt. Wenn es ihnen nicht gelungen sei, eine Einigung herbeizuführen, so habe das nicht an ihnen gelegen, sondern an der antipolnischen Agitation fremder Faktoren, die einen solchen Umfang annahm, daß es schwierig war, irgend welche positiven Ergebnisse zu erzielen. Jetzt habe sich die Lage doch zweifellos verändert und von der Sachkenntnis, dem Takte und der Geschicklichkeit des neuen Wojewoden werde viel abhängen. Es sei allerdings klar, daß dieser künftige Mann vor sehr schweren Aufgaben stehen wird, da ihm eine ganze Reihe von Schwierigkeiten sowohl von der polnischen als auch von der ukrainischen Volksgemeinschaft gemacht werden würden.

Vor allem aber, so schließt der „Kurjer Polski“, muß eine Einigung im polnischen Lager selbst und die Herstellung einer einheitlichen polnischen Front erzielt werden. Erst wenn eine klar kristallisierte polnische Meinung und das Staatsinteresse dafür vorhanden ist, kann ein wahrhaft großes Werk zustande kommen.

